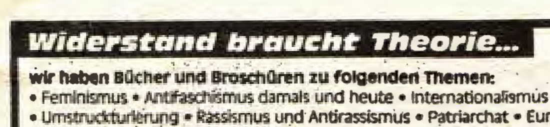


Das Info aus der Flora * Nummer 46 * Februar `96 * kostet nix



Widerstand braucht Theorie...

wir haben Bücher und Broschüren zu folgenden Themen:
• Feminismus • Antifaschismus damals und heute • Internationalismus
• Umstrucktuierung • Rassismus und Antirassismus • Patriarchat • Europa
• Knast und Repression • Anarchismus • Ökologie • und anderes...

zu den Themen haben wir auch ein umfangreiches Archiv

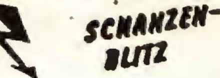
... und Praxis

immer aktuelle Infos: wann • wo • was:
Veranstaltungen
Demos
Aktionen
Konzerte
Ausstellungen

autonomer Infoladen
Schwarzmarkt
Kleiner Schäferkamp 46 · 20357 Hamburg · fon: 040/44 60 95 · fax: 040/41 08 122

Öffnungszeiten:
Mo.-Fr.: 12-18 Uhr
Do. FrauenLesbentag
Sa.: 12-15 Uhr

ihr könnt euch außerdem selber Material für Büchertische zusammenstellen



KOPIERLADEN IM SCHANZENVIERTEL

SCHANZEN-BLITZ

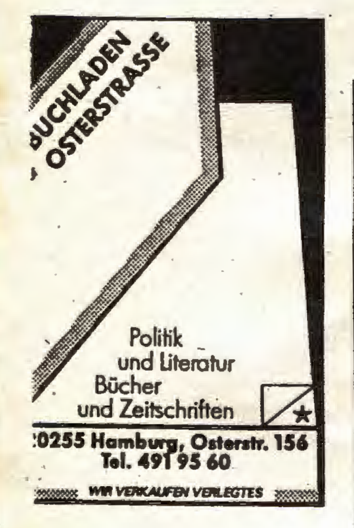
Normalkopie 10 Pfennig
Laser – Farbkopien,
Telefaxservice, Schreibwaren
Nacht- und Wochenend-Notdienst, nach Absprache

Bartelsstrasse 21
20357 Hamburg
Tel.: 430 41 56
Fax: 430 41 57
Öffnungszeiten:
Mo-Fr: 10.00 - 18.30
Sa: 10.00 - 14.00













GROSSE BRUNNENSTR. 55A
TEL. 39 77 14

Geöffnet ab 10:00 Uhr
Frühstück 10:00 bis 14:00 Uhr
Sonntag Buffet 10:00 bis 15:00 Uhr
- Sommergarten -

CONTRASTE

Fairer Handel Bitterer Kaffee in der Diskussion: Heiß getrunken – kalt abserviert? · Kaffee aus Chiapas · Von »fairen Preisen« und Wortakrobaten · Die brauen und die blauen Bohnen · Mit Transfair gegen Tschibo & Co **Genossenschaften in der 3. Welt** Schwerpunktthema: Auslaufmodell oder Chance auf eine nachhaltige Entwicklung? Bilanz & Diskussion **Landbesetzungen in Brasilien** Ein Reisebericht über die Kooperativen von Sem Terra **Tauschringe im Wachstumstrend** Treffen der Initiativen · Letslink UK **Ökologie & Handwerk** Schreinereien: Qualität am besten gemeinsam sichern · Berufsverband unabhängiger HandwerkerInnen gegründet ... u.v.m. **Außerdem:** BUNTE SEITEN 95/96: Die »Alternative Datenbank« als Buch. 10.000 Anschriften. Der Marktplatz für ökologisch und politisch handelnde Betriebe & Projekte. Auf 196 Seiten für 30 DM zzgl. 3 DM Versandkosten.

Das Alles und noch viel mehr... in CONTRASTE, für 10 Mark als Schnupperabo drei Monate frei Haus!

JA ich will ein Schnupperabo

Meine Anschrift:

10 DM in Briefmarken/Schein für das Schnupperabo habe ich beigelegt.
Ich will die BUNTEN SEITEN. 30 DM zzgl. 3 DM in Briefmarken oder als Verrechnungsscheck anbei. (Zutreffendes bitte unterstreichen)
Coupon bitte ausschneiden und einsenden an:
CONTRASTE, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg 136

Vorwort

Zehn Menschen starben bei dem Brandanschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft in Lübeck am 18.1.
Neben den üblichen verlogenen Betroffenheitsbekundungen der Politiker, die hierzulande mitverantwortlich sind für das rassistische Klima, waren auch ungewöhnliche Stimmen zu vernehmen: So rief der Lübecker Bürgermeister dazu auf, illegale Flüchtlinge zu verstekken und handelte sich damit ein Disziplinarverfahren ein.
Doch nur zehn Tage danach lehnt sich die "deutsche Volksseele" beruhigt zurück: Der vermeintliche Täter, ein Bewohner des Hauses, ist gefunden. Das Eigenbild der Nation von sich selbst und das Deutschland-Bild im Ausland hängen wieder gerade.
Eine aufgebrachte Lübecker Bürgerin bringt es auf den Punkt: "Wer entschuldigt sich jetzt bei den Deutschen?"
Das alles ist weder neu noch überraschend. Umso dringender ist unsere Verantwortung:
Die herrschende Normalität stören!
Den nationalen und rassistischen Konsens aufbrechen!

Zu dem Brandanschlag findet ihr in dieser Ausgabe einen Text anläßlich einer Aktion am Hamburger Rathaus.
Ein weiterer Schwerpunkt ist die Auseinandersetzung um die Politik der AIZ, dazu ein Kritikpapier aus der letzten radikal und ein Positionspapier von einigen aus unserer Redaktion.

Inhalt



Ordner:

Bericht von der Kurdistan-Demo im November in Köln
Anschlagserklärung Anatopia
Anschlagserklärung Pornoladen Hannover

Kontakt:

Zeck, c/o Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg
Schickt uns eure Beiträge, Artikel o.ä., möglichst auf Diskette mit beiliegendem Ausdruck, noch möglichster in Word 2.0 oder 5.0 (die Disketten können aber nicht zurückgegeben werden!).
Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Redaktionsschluß: ist in der Regel der 20. des Vormonats
Abos: Zeck gibts im Förderabo für 20 DM pro Quartal. Geld in einem Umschlag an: Zeck, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ältere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine großzügige Spende (Briefmarken oder Geld).
Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken. (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erblinden!)
Spenden und andere Zuwendungen: Je nach Umfang der Ausgabe haben wir eine Deckungslücke von 150 bis 200 DM (pro Ausgabe). Ihr merkts schon: Spenden sind also immer (noch) dringend vonnöten. Wir nehmen Zuwendungen jeder Art gerne entgegen, Gelder aus Banküberfällen o.ä. allerdings nach Möglichkeit nur in gebrauchten Scheinen. Schokoladiges versüßt unsere Arbeitstreffen und läßt die Kommentare versöhnlicher werden (käuflich sind wir aber selbstverständlich nicht).
V.i.S.d.P.: Andreas Maigroff, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg.
Eigendruck im Selbstverlag

Chronologie

31.12.95: Zur geplanten Silvester-Kundgebung am Abschiebeknast Glasmoor kommen ca. 70 Leute. Die Bullen haben ein martialisches Aufgebot inclusive Wasserwerfer und SEK aufgefahren. Auf dem Zufahrtsweg zum Knast haben sie einen "Kontrollpunkt" eingerichtet, an dem wir uns filzen lassen und "Feuerwerkskörper, Vermummungsgegenstände sowie Gegenstände mit denen Sachbeschädigungen vorgenommen werden können" abgeben sollen. Da wir uns darauf nicht einlassen wollen und angesichts der Bullen-Armada treten wir den Rückzug an und fahren frustriert nach HH zurück.



4.1.96: Knastrevolte in der Türkei (s.gesonderter Beitrag)

7.1.96: Zur "Silvester-Ersatz-Kundgebung" in Glasmoor kommen leider nur ca 30 Leute von uns. Die Bullen wollen uns wieder durchsuchen, lassen uns dann aber (zumeist) ungefilzt zum Knast gehen.

9.1.96: Das Mercedes-Benz-Werk Untertürckheim bei Stuttgart erhält eine Bombendrohung vom "arbeitskreis lieschen müller fürchtet sich nicht" anläßlich des Jahrestages der Hüttendorf-Räumung von Anatopia im Emsland. (Erklärung im Ordner)

10.1.96: In Hannover werden die Schaufenster eines Pornoladens in der Celler Straße eingeworfen und Buttersäure versprüht. In einer Erklärung (die im Ordner zu finden ist) stellt die Frauengruppe "Rote Lotte" ihre Aktion in Zusammenhang mit dem Kampf gegen Sexismus, Gewalt gegen Frauen und deren Vermarktung.

18.1.96: In Lübeck wird ein Brandanschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft verübt; zehn Menschen sterben in den Flammen. In derselben Nacht gibt es auch einen versuchten Brandanschlag auf eine Unterkunft in Großburgwedel bei Hannover.
Unmittelbar nach Ausbruch des Brandes in Lübeck werden in der Nähe drei Männer aus Grevesmühlen, die der Fascho-Szene angehören, als Tatverdächtige festgenommen. Deutet zunächst alles auf einen von Faschisten verübten Anschlag hin, der Betroffenheit und auch Wut auslöste, so wird der Brand im Folgenden entpolitisiert: Die inzwischen vier Verdächtigen werden freigelassen (da kein dringender Tatverdacht mehr bestehe), stattdessen ein Bewohner des Hauses festgenommen. Die präsentierten Indizien sind zweifelhaft, die von der Staatsanwaltschaft und Polizei verbreitete Version eines "Eifersuchtsdrama unter Bewohnern" scheint konstruiert. Die herrschenden Medien vollziehen willfährig den vorgegebenen Schwenk. Auffällig ist, wie auch immer der tatsächliche Tathergang nun gewesen ist, daß diese Form der Entpolitisierung von Bränden in Flüchtlingsunterkünften hierzulande Methode hat: Im März 94 z.B. kamen bei einem Brand in einer Unterkunft in Stuttgart sieben Menschen ums Leben. Die offizielle Version der Brandursache schloß damals Brandstiftung aus. Daß ein Jahr später sich der Täter fand, der als Motivation seines Anschlags "Ausländerhaß" angab, wurde kaum bekannt und fand keine größere Beachtung.
Als spontane Reaktion auf den Brandanschlag in Lübeck findet am Nachmittag eine Demonstration vom Unigelände zum Rathausmarkt mit ca 400 TeilnehmerInnen statt.
Am Abend versammeln sich ungefähr 150 Leute am Haus der rechtsextremen Burschenschaft "Germania" in der Sierichstraße, um ihrer Wut über den Lübecker Anschlag Ausdruck zu verleihen. Am Haus werden Scheiben eingeworfen, Parolen gesprüht und gerufen sowie ein PKW mit "Germania"-Aufkleber erheblich beschädigt. Später nehmen die Bullen am nahe gelegenen U-Bahnhof Sierichstraße 28 Personen fest, die im Laufe der Nacht alle wieder freikommen.

19.1.96: Auf dem Sprengelgelände in Hannover findet eine heftige Prügelei zwischen Punks und Autonomen statt (s.gesonderter Artikel)

20.1.96: Demonstration in Lübeck wegen dem Brandanschlag am 18.1. mit ca. 4000 TeilnehmerInnen.
Das für diesen Tag geplante Treffen der Faschisten im Sachsenwald wird abgesagt.

23.1.96: Das Hüttendorf gegen die A33 bei Bielefeld wird nach drei Jahren von den Bullen geräumt.

24.1.96: Wiglaf Droste hält eine Lesung im Stadtteilkulturzentrum "LoLa" in Hamburg-Bergedorf. 25 Menschen blockieren das Gebäude um die Veranstaltung wegen der einschlägig bekannten Kritik an Droste zu verhindern. Bei den Rangeleien kommt es zu einem tragischen Unfall: Als eine Frau aus der LoLa die Eingangstür von innen zuzieht, wird einem Ordner die Hand eingeklemmt und dabei eine Fingerkuppe abgeklemmt.



25.1.96: Laut Pressemitteilung wird Soraya Ansawes nicht gegen Monika Haas aussagen und zieht ihre bisherige Aussage zurück. S.Ansawes ist die einzige Überlebende des Kommandos, das 77 die Lufthansa-Maschine Landshut entführte und war bisher die einzige Belastungszeugin gegen Monika Haas, der in einem jetzt anlaufenden Verfahren von der BAW vorgeworfen wird, die Waffen für das Kommando transportiert zu haben.



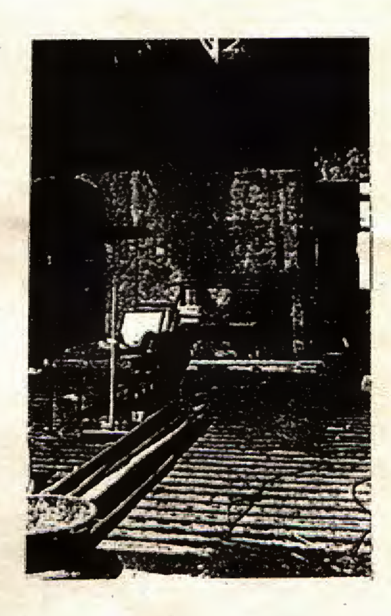
Bullen verwüsten das Leoncavallo (Mailand)

Worüber keine deutsche Zeitung ein Wort verliert, das hat in Italien eine Welle der Entrüstung ausgelöst: die Durchsuchung und Verwüstung des besetzten Zentrums Leoncavallo in Mailand. Am Morgen des 19. Dezembers drangen um 6.30 Uhr mehrere Dutzend maskierte und schwerbewaffnete Spezialbullen in das Zentrum ein, fesselten die Anwesenden - etwa 20 hatten die Nacht im Gebäude verbracht - schlugen sie und knebelten sie mit Klebeband. Dann machten sie sich systematisch an die Zerstörung von allem, dessen sie habhaft werden konnten: aus der Bibliothek rissen sie Bücher heraus und pißten darauf; Videokassetten wurden zertrampelt und mit Lack übergossen; Kabel wurden herausgerissen, Kacheln zerschlagen, alle Fenster zerschlagen; die Lichtanlage und die PA wurden, noch bevor sie beschlagnahmt wurden, zerstört; besonders hatten sie es auf die Räume des European Counter Networks (ECN) abgesehen, einer autonomen Mailbox. Dort zerstörten sie etwa 10 Computer, blockierten die Tastaturen mit Silikon, und wieder pißten sie auf die Geräte. Zum Abschluß schmierten sie mit roter Lackfarbe Hakenkreuze und Davidsterne an die Wände der Räume.
Und warum das alles ? Der Vorwand der Bullen: Ruhestörung und Drogenbesitz. Die angebliche Ruhestörung der Umgebung des Zentrums sollte die Beschlagnahme der PA rechtfertigen, der Verdacht auf Drogenbesitz die Durchsuchung und die Festnahmen von 7 Leuten. Gefunden wurden allerdings nur 20 Gramm Haschisch, 4 italienische Canabispflanzen und 20 Liter aromatisierter Grappa. Doch diese Vorwände sind nur allzuleicht zu durchschauen. Es ging vielmehr darum, die Infrastruktur des Zentrums auf absehbare Zeit lahmzulegen und die AktivistInnen zu erniedrigen - deshalb die Hakenkreuze und das Pissen. Es sollte ein Signal an alle anderen kämpferischen Projekte in Italien sein: Rebellion wird jetzt so beantwortet.
Nach 5 Stunden Verwüstung konnten JournalistInnen das Werk der Bullen besichtigen. Italienische Zeitungen berichteten relativ ausführlich über diese unglaubliche Bullenaktion. Vergleiche wurden gezogen zu den faschistischen Squadri, SA-ähnlichen Banden, die in den frühen 20er-Jahren das Land terrorisierten; oder Vergleiche zu Chile 1973. Die Bullenspitze reagierte, indem sie nicht reagierte: Die Vorfälle habe es nicht gegeben. Die Empörung über diese staatsterroristische Aktion löste eine breite Welle der Solidarität aus, von der auch Gruppen und Organisationen erfaßt wurden, die sich bislang meist von den "bösen" Autonomen des Leonka distanziert hatten. Die Solidarität fand einen Ausdruck in der gewaltigen Demonstration 4 Tage später, als mehr als 10.000 Leute gegen die Zerstörung des Leonka und gegen die staatliche Drogenpolitik protestierten. Und in der spontanen praktische Solidarität für den Wiederaufbau des Zentrums.
Die Leonkavalline/i freuen sich über Solifaxe. Die Faxnummer ist: 0039-2-26820630



Kurzes Flora-Update Nr.3

Inzwischen hat sich an der täglichen Flora-Szenerie einiges geändert: der Großteil des Bauschutts ist raus, der Putz im oberen Stockwerk abgeschlagen und das Dach drauf. Klasse!
Allerdings fallen damit die Arbeiten weg, bei denen nicht allzuviel Koordination nötig war (äh - also die Dacharbeiten waren schon koordiniert). In der ersten Zeit konnten immer HelferInnen vorbeikommen, Hammer, Schaufel oder Schubkarre in die Hand nehmen und sich Arbeit suchen oder beim Dachbau helfen, als dort mehrere hundert Arbeitsbrigaden um die Wette bauten.
Damit ihr nicht voller Tatendrang vorbeikommt und gefrustet wieder abzieht, weil gerade keineR da ist, die euch sagen kann, was im Augenblick getan werden muß, ist hier der bis auf weiteres (1999?, 2000?) gültige



Leitfaden Aufbau 96:

* Kommt am Wochenende, wenn ihr spontan helfen wollt, denn dann sind immer mehrere Leute da, und ihr könnt euch einer Gruppe anschließen.
* Achtet auf Veröffentlichungen in der Zeck oder anderen einschlägigen Publikationsorganen. Dort werden besondere Bautage oder Bauwochenenden angekündit.
* Wenn ihr unter der Woche Zeit habt oder euren Sachverstand gezielt in praktische Solidaritätsarbeit umsetzen wollt, kommt allein oder in Gruppen zu den Treffen der Baugruppe und holt euch die Arbeit, die ihr machen wollt (Verkabelung, Verputzen, Verglasen, Streichen, ...)

Die Baugruppe trifft sich jeden Donnerstag um 19 Uhr in der Flora in der Volxküche. Falls der Seiteneingang (rechts) zu ist: ordentlich hämmern! Oder ihr geht hintenrum auf die Veranda und klopft an die Tür zur Volxküche.
Nichts geändert hat sich an unserem riesigen, unermeßlichen Bedarf an Holz, Werkzeugen, Schrauben, Winkeln, Preßlufthämmern, Baukränen und viel, viel Geld!
Spendenkonto der Roten Flora:
Flora e.V., PGA HH, BLZ 20010020, KtoNr. 29492/202
Bei allgemeinen Fragen und Problemen, die nicht den Bau betreffen, könnt ihr euch vertrauensvoll an den Ora-Rat wenden, der sich jeden Mittwoch um 19 Uhr in der Flora trifft.
Und zum Abschluß noch zwei gute Nachrichten: der Vokü-Betrieb läuft wieder (Montag abends gibts z.B. schön warmes Essen), und ab sofort findet an jedem 1. und 3. Sonntag des Monats ein Frauenfrühstück in der Flora statt.

Sechs Kommuneprojekte stellen sich vor

Dienstag, 6.2., 20 Uhr in der Roten Flora

"Gemeinsam leben - kollektiv arbeiten - politisch handeln", unter diesem Motto geben Menschen aus sechs Kommuneprojekten bei einem Infoabend in der Roten Flora einen Einblick in ihren nicht ganz alltäglichen Alltag.
Immer wieder gab und gibt es Menschen, die nach alternativen Lebensformen suchen. Eine Möglichkeit ist das Leben in einer Kommune. Mit Kommune, einem Begriff aus der 68er-Bewegung, bezeichnen sich bundesweit verschiedene Gemeinschaftsprojekte, deren gemeinsames Ziel es ist, die Bereiche Leben, Arbeit und Politik gemeinschaftlich zu organisieren und damit der Anonymität und Vereinzelung in unserer Gesellschaft eine aus ihrer Sicht "lebenswertere Alternative" entgegenzusetzen.
Sowohl die alle Kommunen verbindenden Ideale als auch die Unterschiede der über die ganze BRD verteilten Projekte sollen auf dem Infoabend in der Roten Flora dargestellt werden.
Gestaltet wird der Abend von Mitgliedern der Kommunen "Feuerland" (Brandenburg), "Finkenburg" (Niedersachsen), "Hollerhof" (Niedersachsen), "Lutter" (Niedersachsen), "Niederkaufungen" (Hessen) und "Renchen" (Baden-Württemberg)



Kommuneprojekt sucht Leute

4 Leute (2 Männer, 2 Frauen) wollen ein Kommuneprojekt auf dem Land verwirklichen. Gemeinsam Leben und Arbeiten, Frauenhaus, Männerhaus und als Umgangsformen (nicht nur, aber auch:) MRT und FORT- Strukturen (RT = Radikale Therapie). Der zeitlich vorgestellte Rahmen ist Sommer ' 96 und die vier wollen noch mehr werden. Interessierte schreiben an : Kommuneprojekt c/o Frühstücksgruppe Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg.

Prozeß gegen Biji

Am 15.1.96 begann vor der Staatsschutzkammer des Landgerichts Nürnberg der Prozeß gegen Jan Schade, den ehemaligen presserechtlich Verantwortlichen des wöchentlich erscheinenden Nachrichtenblattes "Biji - Informationen aus Kurdistan und der BRD".
Die Staatsanwaltschaft wirft ihm vor, in 10 Ausgaben der Zeitschrift durch die Dokumentation von Erklärungen der ERNK und Bilanzen des Befreiungskampfes des ARGK gegen das Vereinsgesetz verstoßen zu haben. Nach Meinung des Staatsanwalts Grandpair seien die Dokumentationen "Sympathiewerbung" für die PKK, weil "Kampferfolge" dargestellt würden:
Er fordert 150 Tagessätze und droht mit der "Unbrauchbarmachung" der Produktionsmittel der Zeitung.
Rechtsanwalt Hörner fordert Freispruch, weil die angeklagten "Straftaten" unter die Grundrechte der Meinungs- und Pressefreiheit fallen. Außerdem fehlt die für eine Verurteilung nach Paragraph 20 erforderliche "Stärkung des Organisatorischen Zusammenhalts" des verbotenen Vereins, die durch eine unabhängige Publikationstätigkeit nicht gegeben ist.
Wann und vor allem wie der Prozeß weitergeht, ist derzeit noch unklar. Der Kriminalisierungswille des Staatsschutzes ist ungebrochen. Zwei Tage nach dem Prozeß bekam Jan Schade eine weitere Vorladung wegen alten Biji-Ausgaben, für die er presserechtlich verantwortlich war.



Tribunal

gegen die Flüchtlingspolitik der Freien und Hansestadt Hamburg

Eine symbolische Gerichtsverhandlung mit öffentlicher Anklage gegen die Flüchtlingspolitik in Hamburg:
- zu Abschiebungen und Abschiebehaft
- zur Unterbringung und Lebenssituation
- zum Umgang mit minderjährigen Flüchtlingen

2.-4.2.96, Osterkirche Altona, Bei der Osterkirche

Organisiert von Flüchtlingsrat Hamburg, Antirassistisches Telefon, u.v.m.
Kontakt: Tel.430 20 58



Hoher Besuch

Am 5.2. hält Verteidigungsminister Rühe um 19.30 Uhr in der Katharinenkirche den Vortrag "Mut zur Verantwortung". Die Veranstaltung ist öffentlich und kostenlos.
Und am 6.2. um 20 Uhr gibt es einen Diskussionsabend mit Heinrich Lummer zum Thema "Die multikulturelle Gesellschaft" im Haus der Burschenschaft Hansea-Alemannia, Alsterkamp 15.
Es gibt viel zu tun...!



Regelmäßige Termine:

•B 5 *(Brigittenstraße 5)*
Di: Infocafe der Kurdistan-Solidarität ab 16 Uhr.
Fokü um 19 Uhr.
Do: (jeder 1. eines Monats) Frauen-Lesben-Fokü ab 19 Uhr.
Fr: Antifa-Cafe mit Fokü, ab 19.30 Uhr.
Sa: (jeder 1. eines Monats) Frauen-Lesben-Disco.

•Rote Flora
(Schulterblatt 71, Tel: 4395413)
Neu: Die Fokü ist wieder nutzbar! Die Montags-Fokü wartet sehnsüchtig auf euren Besuch zum gepflegten veganistischen Schmackofatzen. Donnerstags gibt es wieder eine regelmäßige Tresenschicht von 17-21 Uhr.!
Cafeöffnungszeiten:
Mo 17-21 Uhr, Di und Mi 16-21 Uhr, Do 17-21 Uhr, Sa ab 11.30 Uhr und bei Veranstaltungen.
Mo: 18-20 Uhr Motorradselbsthilfe. 20 Uhr vegane Fokü.
Di: Dub Cafe ab 16 Uhr. 18 Uhr Sprechzeit der Veranstaltungsgruppe.
Do: 17-19 Uhr Fahrradselbsthilfe.
Sa: 11.30-15 Uhr vegetarisches Frühstück. 16-19 Uhr Fahrradselbsthilfe.
So: 12 Uhr (jeder 1. und 3. eines Monats) Frauen-Lesben-Frühstück.

•Libertäres Zentrum
(Karolienstraße)
So: 19 Uhr (14-tägig), vegane Fokü.

•Onkel Otto
(Bernhard-Nocht-Straße)
Fr und Sa Kneipe ab 17 Uhr.

Bitte teilt uns eure festen Termine und Änderungen mit!

Aufbau F

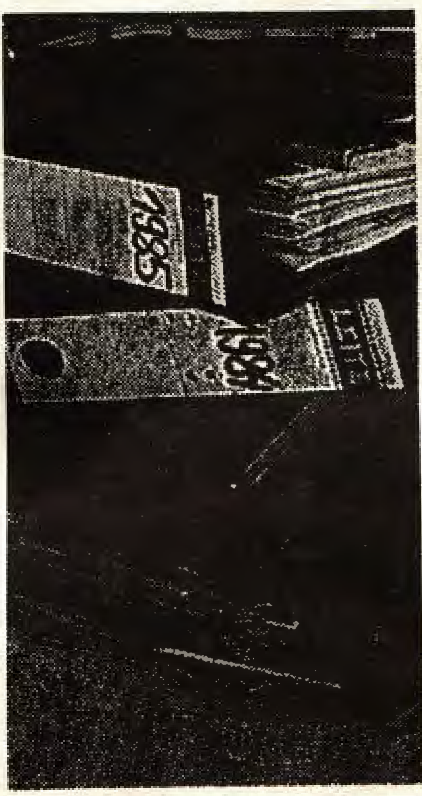
Archiv der Sozialen Bewegung beginnt mit Wiederaufbau - FotoArchivKollektiv arbeitet schon wieder

Wie kurz nach dem Brand versprochen, melden wir von den Archiven uns wieder. Den Aufbau des Archivs der sozialen Bewegungen Hamburg können wir jetzt endlich wieder konkret angehen. Wir haben seit kurzem einen kleinen Raum, in dem wir anfangen können, unsere aus dem Brandschutt geretteten sowie die uns zukommenden neuen Materialien zu sichten und wieder systematisch aufzuarbeiten.

Aber zuerst ein dickes Dankeschön an alle Leute, die uns in der chaotischen und schwierigen Zeit unterstützt haben und es noch immer tun. Es sind viele Geldspenden eingegangen, ganz viele Angebote von Archivmaterial, das viele bei sich zuhause noch haben oder die in Keller lagern. An dieser Stelle ein Sorry, daß wir es noch nicht geschafft haben, uns überall zu melden. Aber seid versichert, alle Angebote werden von uns ordentlich aufgeschrieben (vielleicht sind mündliche Angebote abends in Kneipen untergegangen. Das ist jedoch keine Bösartigkeit, sondern Überlastung unsererseits. Kommt in nächster Zeit einfach nochmal auf uns zu), und wir werden uns bald melden. Es dauert aber noch einige Zeit, bis wir Übersicht gewonnen haben, um loszugehen und all die Angebote einzusammeln. Wenn es auch noch etwas dauert, schmeißt bloß nichts weg!

Neben diesen materiellen Dingen war auch dies Gefühl wichtig, daß viele ihre Solidarität ausdrückten in Worten und Taten und damit auch sagten, daß sie Archiv der Sozialen Bewegungen und FotoArchivKollektiv nicht unwichtig finden in der politischen Revoltenlandschaft der Stadt. Das hat uns natürlich auch motiviert.

Aber leider hat sich die Arbeit dadurch noch nicht erledigt, sondern sie fängt erst richtig an. Hatten wir anfangs noch gehofft, schnell übergangsweise Räume zu finden, bis wir wieder in die Rote Flora zurückkönnen, war dies doch die trügerische Hoffnung der anfänglichen "Bauauf"-Euphorie der ersten Tage. Anfang Februar können wir in einem kleinen Raum zwar mit der Arbeit beginnen, sind aber weiterhin auf der Suche nach größeren und zentraleren Räumen auch im Hinblick auf eine mögliche Wiederöffnung für NutzerInnen. Damit aber keine Mißverständnisse entstehen: erklärtes und unverrückbares Ziel ist die Rückkehr der Archive in die Flora. Da gehören wir politisch hin und wollen wir auch hin!



Unser Problem aber ist, daß ja das gesamte Archiv wiederaufgebaut werden muß, welches die Arbeit von über zehn Jahren Sammel- und Sichtungsarbeit war. Deshalb liegt unser Schwerpunkt zur Zeit auf der Wiederherstellung des Archives, um dann bei der Rückkehr in die Flora dort auf jeden Fall wieder öffentlich zugänglich zu sein.

Nun kommen wir aber wieder mit Bitten und Aufrufen an euch, da wir jetzt verschiedene Sachen brauchen: Zum einen Computerteile oder ganze Anlagen. (Wieder diese arrogant klingende Einschränkung: 286er Computer sind leider für die umfangreichen Archivierungsprogramme nicht geeignet.) Helfen kann uns auch eine alte VGA-Karte, eine Maus, Tastatur, Festplatte, Gehäuse ... - schrauben wir dann wieder zusammen.

Zum anderen Büromaterial. Das ist nämlich gar nicht so billig, wie manchen denken mögen, und wir freuen uns über Aktenordner, große Locher und Scheren, Schreibtischlampen, Radiergummis auch, und was die/der BürokratIn in uns sonst noch so zum Leben braucht ...

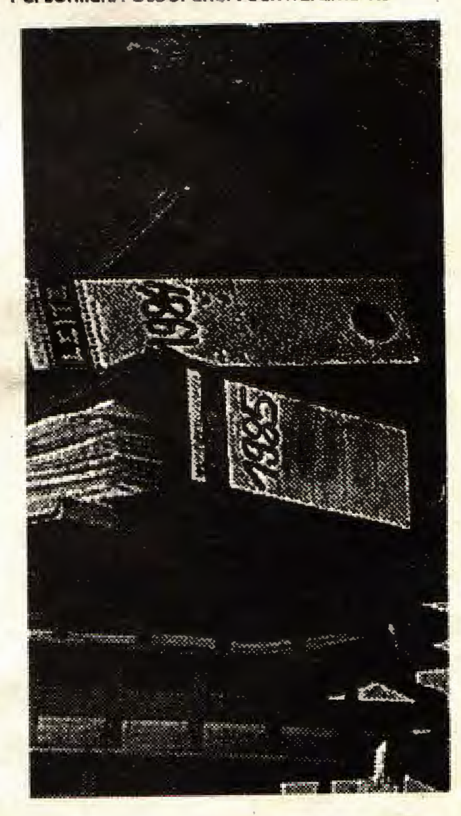
Neben diesen freuen wir uns natürlich weiterhin über Geldspenden und, sicherlich insgesamt das wesentlichste, eure auf Papier gebrachte linke Geschichte, die ihr in vertrauenswürdigen Händen der Öffentlichkeit zugänglich machen wollt. Da wir jetzt langsam wieder mit der Arbeit anfangen können, könnt ihr ebenso mit dem Vorbeibringen von Sachen langsam anfangen. Zu erreichen sind wir Freitagnachmittag im Schwarzmarkt, oder ihr gebt die Sachen mit einem dicken Vermerk "Für's Archiv" in der Vokü der Flora ab. Oder ihr sprecht eine/n von uns persönlich an.

Das FotoArchivKollektiv ist weiterhin über den Schwarzmarkt zu erreichen, für Angebote ebenso wie für Nachfragen, da ein großer Teil der Negative ausgelagert waren und noch nutzbar sind. Ab Februar sind die FotoArchivler auch Freitagsnachmittag von 17.00 - 18.00 Uhr persönlich im Schwarzmarkt anzutreffen, Fotoordner können aber auch zu den anderen Zeiten eingesehen werden.

Archiv der Sozialen Bewegung:
Persönlich: Freitagnachmittag im Schwarzmarkt, Kl. Schäferkamp 46, 20357 Hamburg, Fax. 040/ 410 81 22
Postalisch bleibt das Archiv über die Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg errreichbar

Spendenkonto:
Hamburger Bank, Schröder/Archiv, Kto. 12267503, Blz. 201 900 03

FotoArchivKollektiv:
Persönlich/Fotoordner: Schwarzmarkt



Nach dem Lübecker Brandanschlag:

Eine deutsche Selbstreinigung

Erklärung zur Besetzung des Hamburger Rathausportals am 25.1.1996

Am 25. Januar haben ca. 30 Leute aus dem antinationalen und antirassistischen Spektrum das Rathausportal des Hamburger Rathauses besetzt. Die Türen wurden dicht gemacht, so daß der Haupteingang für ca. eine Stunde unpassierbar war. Gleichzeitig wurde ein Transparent mit der Aufschrift "Deutsche Normalität: Rassistische Angriffe an jedem Ort" über dem Eingang angebracht, vor dem Eingang wurden antinationale und antirassistische Parolen gerufen. Polizei und Feuerwehr beendeten schließlich die Aktion, sechs Personen wurden vorläufig festgenommen und einige Personalien aufgenommen.

Wir haben versucht, mit dieser Aktion ein Zeichen gegen die derzeitige "Abwicklung" des Lübecker Anschlags durch Behörden und Öffentlichkeit zu setzen und die allseits wieder einkehrende Normalität zu durchbrechen. Für uns ist der derzeit stattfindende Prozeß eine Selbstreinigung Deutschlands von jeglicher Verantwortung für Ursache und Ausmaß des Brandanschlags in Lübeck.
Im In- wie Ausland wurde direkt nach dem Bekanntwerden des verheerenden Brandes in Lübeck selbstverständlich davon ausgegangen, daß es sich um einen rassistischen Anschlag handelte. Die Tatsache der Zigtausenden von Anschlägen mit häufig tödlichem Ausgang auf ImmigrantInnen und Flüchtlinge können selbst diejenigen nicht leugnen, deren Betroffenheit sich wieder einmal einzig darin erging, daß die ganze Welt die Deutschen an den Pranger stellt.
Im Vordergrund der meisten Stellungnahmen stand die Sorge um den Ruf der Stadt Lübeck oder des Ansehens Deutschlands im Ausland. Trotzig wurde ständig wiederholt, daß die Deutschen "fremdenfreundlich" sind und sich dies durch ein paar verwirrte Gewalttäter auch nicht ändert. Die rassistische Normalität in diesem Land, die jenseits der immer wieder weltweit Schlagzeilen machenden mörderischen Anschläge durch u.a. massive Einschränkung des Asylrechts, Abschiebungen und Abschiebeknäste sowie einem Ausländergesetz, welches einen größeren Teil der in Deutschland Lebenden zu Menschen 2. Klasse degradiert, gekennzeichnet ist, wurde auch nach dem Lübecker Anschlag von fast allen wieder verdrängt.

Das Verhalten der Medien und Ermittlungsbehörden folgte der Leitlinie, jegliche deutsche Verantwortung für Ursache und Ausmaß des Lübecker Anschlags so klein wie möglich zu halten und über die rassistische deutsche Wirklichkeit so wenig wie möglich deutlich werden zu lassen. Dabei erfüllte gerade die scheinbare Offenheit der Berichterstattung (alles für möglich zu halten, nichts auszuschließen) und das gezielte Hin und Her der Ermittlungsbehörden die Funktion, die eigentlichen Ursachen letztlich hinter einem Berg von Spekulationen verschwinden zu lassen. Der Gipfel dieses unglaublichen Vorgangs wurde schließlich mit der Präsentation eines Opfers des Anschlags als Täter, einem libanesischen Flüchtling, erreicht. Diese völlig haltlose Beschuldigung erfüllte letztlich die Selbstreinigung der Nation: *KEINE SCHULD DER DEUTSCHEN!*
In der Öffentlichkeit hatte diese Entwicklung entscheidende Folgen. Die nach dem Lübecker Anschlag zumindest in Ansätzen geführte Diskussion über die Unterbringung der Flüchtlinge ist jetzt praktisch aus der Öffentlichkeit verschwunden, stattdessen wird sich nur noch in immer wilderen Spekulationen über die Tatmotive des Libanesen ergangen. Stimmen, die im In- und Ausland die deutschen Zustände für zumindest mitverantwortlich an dem Lübecker Anschlag benannt oder kritisiert hatten, werden jetzt medial in die Schranken gewiesen (wie die amerikanische Presse) oder wie der Lübecker Bürgermeister Bouteiller mit einer Klage bedroht. Die Normalität ist also wieder hergestellt.
Am vergangenen Montag nun schloß der Pressesprecher der Lübecker Polizei plötzlich wieder nicht aus, daß es doch ein "rechtsextremistischer Anschlag" war und daß die "Täter in das Haus eingedrungen sind" (so auf einer Pressekonferenz). Seit Dienstag ist wieder mal eine Nachrichtensperre verhängt worden.

Die Geschichte dieser Ermittlung und die mediale Verarbeitung nach dem Lübecker Anschlag begründen für uns wieder einmal ein tiefes Mißtrauen in die deutschen Behörden und Öffentlichkeit. Dieses Mißtrauen wird verstärkt durch den Umgang mit der seit einem halben Jahr verstärkt auftretenden Welle von Bränden in Flüchtlingsunterkünften. Immer heißt es sofort und selbst dann, wenn es durchaus Anzeichen für andere Ursachen gibt: "Technischer Defekt". Sogenannter ausländerfeindlicher Hintergrund wird von vornherein ausgeschlossen.
Weitere Gründe für dieses Mißtrauen sind die Vertuschung eines Anschlags in Stuttgart 1994 mit 7 Toten, der zunächst wieder mal als technischer Defekt deklariert wurde und wofür jetzt ein deutscher Täter vor Gericht steht, sowie die fragwürdigen Ermittlungen im Zusammenhang mit Solingen, wo lange versucht wurde, die Existenz eines V-Mannes und des damit gegebenen Mitwissens staatlicher Stellen zu verschleiern. Die Liste setzt sich mit den ziemlich dürftigen Ermittlungsergebnissen oder gar "-erfolgen". seit 1991 bei den zahllosen rassistischen Anschlägen und dem Umgang staatlicher Stellen mit dem Hamburger Polizeiskandal, den man nur noch als organisierte Verschleierung bezeichnen kann, fort. Sie belegen, daß der "Aufklärungswille" deutscher Stellen an Ereignissen, wo es um deutsche Verantwortlichkeit geht, gegen Null tendiert.
Deutschland darf im Zusammenhang mit dem Lübecker Anschlag seiner Verantwortung nicht entkommen. Die Ermittlungskonstrukte müssen entlarvt, das Mißtrauen gegenüber den Versionen deutscher Behörden und Öffentlichkeit wegen ihrer oranisierten Freisprechung von eigener Verantwortung muß verstärkt werden. Und Deutschland als ständiges Opfer und "Unschuldslamm" werden wir nicht hinnehmen.



Demo, HH 19.01.96.

Deshalb fordern wir eine unabhängige internationale Untersuchung zu den Umständen des Lübecker Brandanschlags!
Weg mit allen rassistischen Sondergesetzen und Maßnahmen! Offene Grenzen jetzt!
Nie wieder Deutschland!

Gruppe gegen Nationalismus und Rassismus

Zu den Auseinandersetzungen um das Sprengel zwischen Autonomen und Punks

In der 'Kofferfabrik' auf dem Sprengelgelände in Hannover kam es am 18. und 19. Januar zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Autonomen- und Punk-HausbewohnerInnen. Das Ergebnis sind mehrere Schwerverletzte, ein verwüstetes Haus, zerschlagene Fenster, Türen, Computer und Kunstbilder und Haßstimmung auf beiden Seiten.

Im Haus wohnen Autonome und Punks seit Jahren zusammen. Das Verhältnis war von Anfang an schwierig. Die "Schwule Sau", eine Lesben- und Schwulenkneipe auf dem Sprengelgelände, wurde mehrmals Ziel von Übergriffen, die sich zum Teil ganz klar auf einige auf einer Etage in der Kofferfabrik wohnende Punks zuordnen ließen. Gleichzeitig schwelte der Konflikt, daß sich die Punks von autonomen HausbewohnerInnen bei den Vertragsverhandlungen mit der Stadt um gesicherten Wohnraum ausgekickt fühlten.

Mit den Chaostagen im August '95 schien sich die Stimmung zu bessern. Die zum Teil zusammen erlebte Freude am Chaos, aber auch die Repression seitens der Staatsmacht und die zahlreichen Verhaftungen (über 1.000 'in Gewahrsam Genommene', circa 300 Festnahmen und 300-500 Verletzte) weckten die Hoffnung, daß Punks und Autonome abgesehen von sich überschneidenden Musikgeschmäckern vielleicht auch auf anderen Ebenen etwas gemeinsam haben könnten. *"Die Trennung Punks - Autonome wurde zumindest zeitweilig aufgelockert, es kam zu Gesprächen, die es sonst nie gab. (...) Auch die Projekte Heisenstraße und Sprengel, die bislang wenig miteinander zu tun hatten, koordinierten ein Stück weit gemeinsames Vorgehen."* (aus: RAZZ 10/95)

Bereits kurz vor Beginn der Chaos-Tage, am 31. Juli, sind zwei Punks aus der Kofferfabrik in die "Schwule Sau", eingebrochen, haben Alk geklaut und Feuer gelegt. Ob nun umgekippte Kerze oder gezielter Brandanschlag - die Täter wurden rausgeschmissen. Ein Teil der Punks aus der Kofferfabrik fand die Aktion gegen die "Schwule Sau" daneben. Gleichzeitig fielen vor und nach der Geschichte seitens anderer Punk-HausbewohnerInnen schwulenfeindliche Sprüche.

Die Ereignisse ab dem 17. Januar:

Am Mitwoch, den 17. I., wollten zwei Punks aus der Kofferfabrik in der Schwulen Sau eine Kiste Bier pumpen. Als dies abgelehnt wurde, zerdepperten sie die Fenster der Kneipe. Ansonsten ging es den Abend über verbale Anmache zwischen Punks und Nicht-Punks nicht hinaus.

Am nächsten Tag wurde ein Plenum von NutzerInnen der Schwulen Sau, BewohnerInnen des Sprengels und FreundInnen einberufen, auf dem beschlossen wurde, daß die beiden Punks aus dem Haus fliegen. Gesagt. Getan. Dabei kam es zu den ersten heftigen Auseinandersetzungen zwischen Punks vom Haus und vom Sprengel-Wagenplatz einerseits und den rausschmeißenden BewohnerInnen andererseits mit insgesamt fünf Verletzten. Die Schilderungen beider Seiten weichen bezüglich des Vorgehens beim Rausschmiß ziemlich weit voneinander ab. Während einige Punks sagen, der Rausschmiß sei heftigst brutal abgelaufen, ein 16jähriger Punk mitten in der Nacht in Unterhose auf die Straße gejagt worden usw., sprechen Autonome schlicht von 'Auseinandersetzungen'. Gemeinsam mit den zwei Rausgeworfenen verließen auch der Großteil der anderen Punks das Haus. Anschließend wurden die Schlösser ausgewechselt.

Am Freitag vormittag wurden BewohnerInnen der Sprengel von Punks in der Schönfelder Straße angegriffen. Um 15.00 Uhr griffen extrem gewalttätige Hannoveraner und herbeitelefonierte Hamburger Punks die Kofferfabrik an. Die Telefonleitung wurde gekappt. Die Punks drangen ins Haus ein, traten die Türen ein und schossen mit Leuchtspur- und Tränengasmunition um sich. Die meisten BewohnerInnen konnten flüchten, vier waren allerdings in einem Seitenflügel abgetrennt. Da diese vier als besonders gefährdet galten, weil sie sich in der Vergangenheit des öfteren mit Punks gestritten hatten, griffen einige Leute von draußen das Haus mit Steinen und Flaschen an und stellten den Strom ab. Die verbarrikadierten Punks antworteten ihrerseits mit Leuchtspurmunition. Das Haus wurde auf diese Art immer mehr zerstört, was - zusätzlich zu den vier Isolierten - die Stimmung ständig aufheizte.

Um 17.00 Uhr zogen massiv Bullen auf, griffen aber nicht ein. Um 18.00 Uhr verließ eine Gruppe Punks das Haus, um 19.00 Uhr wollten die restlichen Punks, bewaffnet mit Knüppeln, Steinen und Gaspistolen, das Haus verlassen. Mittlerweile waren die Aggros auch unter den gut 80 Leuten draußen so groß, daß die Punks wieder ins Haus gejagt wurden. Ein kleiner Teil von ihnen konnte flüchten. Kurz darauf gaben die noch 30 Punks auf und zogen unbehelligt Richtung Bullen ab.

Die anderen BewohnerInnen gingen wieder ins Haus und begannen mit den Aufräumarbeiten. Die Wohnungen glichen nach Angaben der alten/neuen BewohnerInnen einem Trümmerhaufen, der in seinen Ausmaßen mit den Verwüstungen bei den Bullendurchsuchungen von '88 und '91 vergleichbar sei.

Kurz darauf kam es zu einer Begehung durch Bulleneinsatzleiter Wiedermann, HausbewohnerInnen und Stadtteilpolitikern, um zu gucken, ob das Leben im Haus nun wieder sicher sei. Auch wenn die Angst der BewohnerInnen verständlich ist,



stellt sich für Außenstehende dabei die Frage, warum sie auf die Forderung der Bullen, ihr Haus zu betreten, eingegangen sind.
Am Samstag und Sonntag war die Stimmung zwar angespannt, aber ruhig. Einige Familien, die im Sprengel wohnen, haben erstmal eine sicherere Bleibe aufgesucht. Am Montag wurde den Punks ihre Habe vor die Tür gestellt.

Situation in Hamburg:
In Hamburg wurde am Freitag telefonisch um Hilfe gerufen. Einzelne fuhren hin, andere überlegten sich am Samstag, wie sie die Hannoveraner GenossInnen unterstützen könnten. Weil in den meisten Köpfen das Bil vorherrschte, sich in Hannover eventuell mit vollkommen durchgeknallten/besoffenen Punks schlagen zu müssen und auch das Ausmaß der ganzen Eskalation nicht nachzuvollziehen war, blieben die meisten in Hamburg. Stattdessen wurde überlegt, mit Punks aus der Lobuschstraße, von denen welche zur Unterstützung ihrer FreundInnen zur Sprengel gefahren waren, zu reden. Dem lag der Gedanke zugrunde, daß es wahrscheinlich Kontakte zwischen den Hamburger Punks in Hannover und den zurückgebliebenen Punks in der Lobuschstraße geben würde. Letztere hätten den Punks in Hannover klarmachen können, daß sie nicht auf dem Sprengel 'unsere' Leute verprügeln können und in Hamburg ungeschoren davonkommen. Konkret sollten die nach Hannover gefahrenen Punks also schon unter Druck gesetzt werden, aber es ging auch darum, die mittlerweile ans absurde grenzende Eskalationsspirale (zumindest aus Hamburger Sicht) zu durchbrechen. Zu einem Gespräch am Samstag kam es dann aber nicht mehr, weil angeblich nur ein Punk in der Lobuschstraße weilte. Der war aber an klärenden Gesprächen interessiert.
Daraufhin wurde für Dienstag ein Date anberaumt. Es fand - sozusagen auf neutralem Boden - in einem StreetworkerBüro in der Nähe der Lobusch statt. Es stellte sich schnell heraus, daß sowohl den acht Autonomen als auch den 13 Punks weder an einer weiteren Eskalation in Hannover noch an einer Ausweitung der Konflikte auf Hamburg gelegen war. Bezüglich der konkreten Situation in Hannover ließ sich natürlich keine Einigung erzielen. Aus beiden Lagern waren Leute in Hannover gewesen. Kurz die unterschiedlichen Sichtweisen:
Punks: Die Aktion gegen die 'Schwule Sau' war daneben (*"Dafür kriegt der Typ noch auf's Maul"*). Die Reaktion der Autonomen dagegen, also der Rausschmiß, war vollkommen überzogen. Die Fenster wären in jeder Kneipe, ob hetero oder homo, eingeschmissen worden. Deshalb einen 16jährigen mitten in einer Winternacht in Unterhose auf die Straße zu setzen (die Klamotten wurden ihm hinterhergeworfen), nachdem er vorher in seinem Bett überfallen worden sei, sei eine absolute Bullenmethode. Außerdem hätten einige Autonome mit ihren Angriffen bewußt den Tod von Punks in Kauf genommen. Wegen der Aktion der Autonomen sind jetzt zehn Punks obdachlos. *"Auf uns wirkt das ganze wie eine groß angelegte, vom Verfassungsschutz inszenierte Spaltungsaktion, zum Ziel habend die endgültige Verfeindung zweier ansonsten im Ziel gemeinsamer Fraktionen."* (aus: Flugblatt von Punks aus der Lobuschstraße vom 23.1.)
Autonome: Viele der Punks, die im Haus lebten, sind schwulen-, lesben- und frauenfeindlich. Es war nicht der erste Angriff auf die 'Schwule Sau'. Dem Rausschmiß lag ein Plenumsbeschluß zugrunde. Die Punks waren während der Angriffe superbrutal und haben ihrerseits den Tod anderer Menschen in Kauf genommen. Die einzige Möglichkeit, die vier Eingeschlossenen aus dem Haus rauszukriegen war, es anzugreifen. *"Diese Leute, die sich selbst als 'Punks' verstehen, sind für uns weder 'Punks', noch 'links', noch 'fortschrittlich', sondern, sich durch ihr konsequent antisolidarisches, unsoziales, schwulen- und lesbenfeindliches, sexistisches Verhalten outende' Arschlöcher."* (aus: Flugblatt von BewohnerInnen des Sprengelgeländes, Projekte aus dem Stadtteil und SympathisantInnen vom 22.1:)
Es ging bei dem Treffen vom Dienstag nicht darum, auf einen Nenner zu kommen. Das geht nicht. Bei aller Unterschiedlichkeit und Wut aufeinander sollte eine Ebene erreicht werden, bei der wir nicht gleich aufeinander einschlagen, sondern es erstmal - was in Hannover nach wie vor nicht möglich ist - mit Reden versuchen.

Im Gegensatz zum Treffen in der Kampstraße im Dezember 95 wurde tatsächlich geredet. Rausgekommen ist, daß mittlerweile viele Hannoveraner Punks in Hamburg untergekommen sind. Genauso wie die BewohnerInnen der Sprengel Angst haben, in der Nordstadt alleine durch die Straßen zu gehen, um nicht von einigen Punks zusammengeschlagen zu werden, trauen sich die Hannoveraner Punks, die an den Fights beteiligt waren, kaum noch in ihre Stammkneipen bzw. Konzerte auf dem Sprengel oder in der Nordstadt allgemein. Außerdem gab es auf dem Treffen die Abmachung, daß wir uns - sollte sich die Situation um die Sprengel wieder verschärfen - zusammensetzen, bevor alle wutentbrannt nach Hannover fahren. Mag sein, daß ein solches Gespräch Illusion ist, aber es ist zumindest einen Versuch wert.
Zur Zeit ist die Lage auf dem Sprengelgelände ruhig. Weitere Anriffe seitens der Punks werden aber von den BewohnerInnen nicht ausgeschlossen. Auf der Straße sind am Donnerstag, 25.1., drei Autonome, die mit Leuten im Haus befreundet sind, von Punks angepöbelt und zum Teil auch tätlich angegriffen worden. Sie konnten in eine Kneipe flüchten.
Um es nochmal klar zu sagen: Die Konflikte zwischen Teilen der Punks und Autonomen in Hannover und Hamburg sind in etwa die gleichen. Berührungspunkte gibt es beim Häuserkampf, beim Musikgeschmack, bezüglich unserer Wut auf Faschos, Bullen und den ganzen Staatsapparat. Klare Trennungslinien gibt es bezüglich des sozialen und politischen Umgangs, Sexismusdiskussionen und Alkgenuß. In Hannover haben Autonome und Punks - speziell nach der Räumung der Heisenstraße - nur das 'Pech', sich nicht wie in Hamburg in unterschiedlichen Häusern aufzuhalten und entsprechend weitestgehend ignorieren zu können (in der Kampstraße hat's hier schließlich auch geknallt). Allerdings darf die notwendige Abgrenzung von sexistischen oder gewalttätigen Punks nicht dazu führen, alle Punks in einen Topf zu werfen und zum Hauptfeind der autonomen Szene hochzustilisieren.

eine Autonome vom Treffen



Frozen Marighella

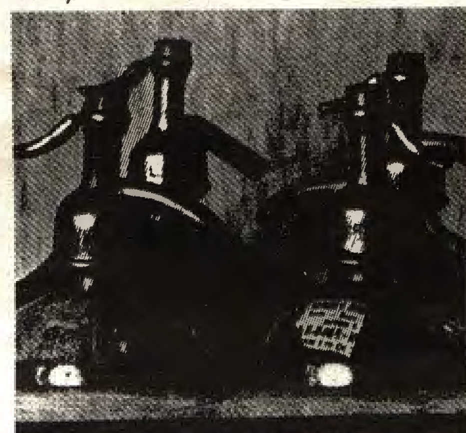
Eine AIZ-Kritik

Die Politik der AIZ ist in letzter Zeit an verschiedenen Stellen kritisiert worden (u.a. radikal 153, konkret 12/95). Viele der dort geäußerten Kritikpunkte teilen wir, und weil ja nicht alles wiederholt werden muß, verweisen wir der Einfachheit halber auf das dort Gesagte und drucken im Anschluß das Papier »Vorwärts in die Vergangenheit« aus der radikal 153 nach.
Auch uns trifft der Vorwurf, daß es vor den Staatsschutzangriffen vom 13.6. kaum öffentlich geäußerte Kritik an der Politik und der Analyse der AIZ gegeben hat. Das liegt sicher einerseits daran, daß es niemand so richtig gestört hat, was eine kleine und bis zu ihrer Popularisierung durch die BAW politisch ziemlich unbedeutende Gruppe sich ausdenkt und macht, und andererseits daran, daß uns die von den Anschlägen betroffenen Institutionen und Personen auch nicht besonders leid getan haben - und außerdem war da vielleicht noch die Hoffnung, mit der Zeit würde sich schon »von selbst« eine Lösung finden; d.h. die AIZ würde genauso unvermittelt wieder von der politischen Bühne verschwinden wie sie aufgetaucht war.
Nun, dem ist nicht so. Mit großer Regelmäßigkeit veröffentlicht die AIZ Erklärungen und plaziert Sprengsätze bei Firmen und Personen, die nach ihrer Meinung Teil der »BRD-Elite« seien. Und zudem scheint es uns auch aus anderen Gründen notwendig, sich mit den von der AIZ vertretenen Politikansätzen auseinanderzusetzen - nicht zuletzt, um ihnen das symbolische Feld der Aneignung linker Geschichte nicht kampflos zu überlassen. Denn was die AIZ als Ergebnisse linksradikaler Bewegungen der letzten 30 Jahre festschreiben will, denunziert jegliche emanzipativen Ansätze der Politik der Neuen Linken.

Antiimperialistische Politik in den 90ern?

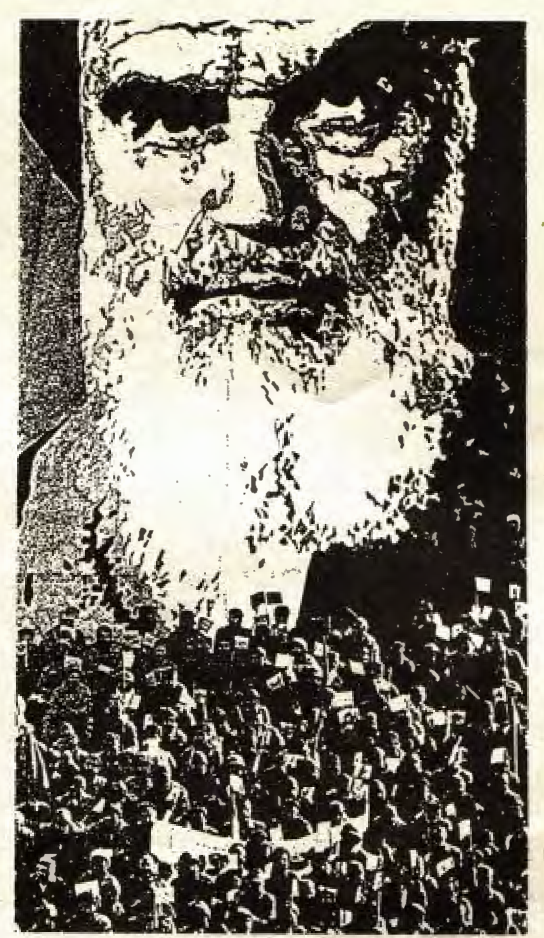
Besonders nach der letzten Erklärung fällt es uns zunehmend schwer, überhaupt noch eine ernsthafte Kritik an der AIZ zu formulieren. Die Rede von der »Schärfe und Schönheit« des »Islam als revolutionäre Waffe« im Kampf gegen den »Satan USA« (alle Zitate AIZ, Dezember 1995), das »einfache und gerechte Leben«, die »Gesellschaft der großen Harmonie«, das sind religiöse Heilsvorstellungen, die ihren Platz, »Inschallah« (AIZ, Dezember 95), eben in der Religion und nicht in einer emanzipativen Politik finden - und konsequenterweise sucht die AIZ ihr Heil dann auch im Islam, dessen »richtige« Auslegung ihr ein ernsthaftes Anliegen ist.

Die AIZ behauptete von sich, sie seien »militante Autonome« (AIZ, 5.9.93), sie würde den »antiimperialisitschen Kampf« führen, an die Politik von RAF und militantem Widerstand, insbesondere das »Front-Konzept« anschließen und ihre Politik auf den »Triple-Oppression«-Ansatz aufbauen. Was ist an diesen Aussagen dran, und was heißen sie für die Politik der AIZ?
Im »Front-Konzept« schlug sich Anfang der 80er Jahre eine grundlegende Veränderung des Politikansatzes der RAF und des antiimperialistischen Widerstands nieder. Auch wenn die RAF schon im »Konzept Stadtguerilla« (1971) ihren Kampf in der Metropole als Teil des internationalen Kampfes gegen den amerikanischen Imperialismus beschrieb, ging es bei den militanten Aktionen immer auch um »bewaffnete Propaganda«. Die Intervention schwacher revolutionärer Kräfte sollte den Marginalisierten der Gesellschaft Mut machen und sie zum Nachahmen und zu eigenen Aktionen animieren. Mit dem Frontkonzept verschwindet der zweite Teil fast vollkommen. Damit ändert sich auch die Zielrichtung der Aktionen. Lutz Taufer schreibt dazu 1994 rückblickend: »... die revolutionäre Aktion [war] als politisch-militärisch bestimmt, das Politische mit dem Militärischen eng verknüpfend und doch in einer deutlichen Prioritätenfolge: Primat hat das Politische. Hier wird sich in den 80er Jahren, ausgehend von der Frontideologie, ein Bedeutungswandel vollziehen - die militärische Aktion wird zum Begriff des Revolutionären schlechthin, daneben git es auch noch politische Initiativen« (Lutz Taufer: Gesellschaft oder Ghetto - eine Ergänzung, 1994).



An die Stelle der politischen Vermittelbarkeit tritt als Begründung der Aktionen gegen die Verhältnisse, die nur noch »Zerstörung und Fäulnis« hervorbringen, »die existentielle Tiefe der Kämpfe und der Hass« (RAF: Guerilla, Widerstand und antiimperialistische Front, Mai 1982). Das Problem der Entpolitisierung der militärischen Aktionen beschreibt die AIZ sogar selbst in ihrer Erklärung vom 8.7.94 - offenbar jedoch ohne daraus irgendeine Konsequenz zu ziehen. Ihr Vorschlag: einfache Sprengsätze, die jedeR nachbauen kann, versucht eine technische Lösung für ein politisches Problem und muß damit notwendigerweise scheitern.
Das Frontkonzept selbst basiert auf der Vorstellung, die Welt ließe sich im groben in zwei Teile teilen: die imperialistischen Metropolen mit den USA als Führungsmacht und die trikontinentale Peripherie. Revolutionen finden in diesem Modell in der Peripherie statt, wo einzelne Staaten versuchen, aus der imperialistischen Herrschaft der Metropolen auszubrechen und letzten Endes diese Herrschaft ganz zu brechen. Der Begriff »Imperialismus« wiederum geht entweder auf die Leninsche oder die Luxemburgische Imperialismustheorie zurück, die den Imperialismus als fortgeschrittene Enwicklungsstufe des Kapitalismus beschreiben. Demnach stößt das Kapital im nationalen Rahmen an die Grenzen seiner Entwicklungsfähigkeit (entweder weil die im nationalen Rahmen produzierbare Mehrwertmasse zu gering ist [Lenin] oder weil die Nachfrage nach (Luxus-)Konsumgütern im nationalen Rahmen nicht weiter wachsen kann [Luxemburg]) und muß der Akkumulationslogik folgend diesen Rahmen verlassen, um eine weitere Steigerung der Produktivität zu ermöglichen.
Je nach theoretischem Verständnis führt die imperialistische Ausbreitung des Kapitals entweder zu einer »nachholenden Entwickung«, d.h. kapitalistischen Durchdringung der betroffenen Länder, oder zur völligen Verarmung, indem quasi vorkapitalistisch in den Ländern der Peripherie nur die Rohstoffe ausgebeutet werden und keine Entwicklung der Produktivkräfte zugelassen wird.
Vor dem Hintergrund der antikolonialen Kriege und der Herausbildung verschiedenster Befreiungsbewegungen im Trikont wurde die Imperialismustheorie in den 60ern und 70ern unter anderem von den Dependenztheoretikern aus Lateinamerika aktualisiert. (Die Theorien der Dependencia betonten die strukturelle Abhängigkeit der Länder des Trikont von den Metropolen als Hauptursache für die Unterentwicklung. Als Strategie schlugen sie eine Abkoppelung der Trikontländer vom Weltmarkt vor.)
Gleichzeitig schienen die überall entstehenden Befreiungsbewegugen eine weltweite (revolutionäre) Veränderung der Zustände in greifbare Nähe zu rücken. Die von dem brasilianischen Theoretiker und Revolutionär José Marighella entwickelte und von den Tupamaros in Uruguay ausge-

Befreiungsbewegungen gibt, die eine relevante Unterstützung in der Bevölkerung haben. Und dort, wo beispielsweise die EZLN doch eine relevante Unterstützung der Bevölkerung erfährt, wird diese mal eben, unter Verweis auf die politische und ökonomische Eingebundenheit Mexicos in die NAFTA, als nicht ernstzunehmend abqualifiziert.
Sie reflektieren auch nicht die veränderte ökonomische Situation: den Aufstieg der sog. Schwellenländer, die vom Kapital betriebene Abkoppelung ganzer Regionen aus dem kapitalistischen Weltsystem, die fortschreitende Kapitalisierung der ehemals sozialistischen Länder. Und sie berücksichtigt auch nicht die veränderte Situation in den Metropolen: Die Unterstützung, die eine Metropolenguerilla heute erfährt ist noch geringer als in den 70ern. Aber ohne eine relevante Unterstützung verkommt der Versuch, dem imperialistischen System einen (entscheidenden) Schlag zu versetzen, entweder zur heroischen Geste oder er zeugt von Allmachtsphantasien und völliger Überschätzung der eigenen Bedeutung.
Wohin eine solche Weltsicht führt, wird deutlich, wenn man betrachtet, welche »Befreiungsbewegungen« denn die Antiimperialistische Front bilden sollen, als deren metropolitaner langer Arm die AIZ sich versteht: Tschetschenische Widerstandskämpfer«, der iranische Staat, der fundamentalistische Djihad Islami in Palästina, die FIS in Algerien, Ghaddafis Libyen, der Leuchtende Pfad Perus ... alles nicht gerade Bewegungen, die einem Anlaß zur Hoffnung geben, bei ihrem Sieg würden wir einer befreiten Gesellschaft ein Stück näher kommen.
Emanzipative Bewegungen, deren Ziel nicht die Herausbildung eines neuen Nationalstaats ist, werden von der AIZ systematisch nicht wahrgenommen - am auffälligsten ist dies wohl bei der EZLN Mexicos -, sie würden auch nicht in das vereinfachte Weltbild passen, das den imperialistischen Feind nur in den Metropolen Westeuropa, USA und Japan verortet und die Regierungen der Staaten des Trikont mit dem Begriff der »Herrscherclique« zu willenlosen Agenten der imperialistischen Zentren macht.
Insofern hat es uns auch nicht gewundert, daß der Bezug der AIZ auf das »Tripple Oppression«-Konzept über dessen floskelhaftes Erwähnen nicht hinausgeht. Der diesem Ansatz zugrundeliegende Gedanke, daß sich unterschiedlichen Herrschaftsverhältnisse nicht so einfach hierarchisieren



lassen, führte ja gerade dazu, die verschiedenen Widersprüche in der Gesellschaft in ihrer Komplexität wahrzunehmen. Er führte aber auch dazu, die Praxis und die Theorie der Befreiungsbewegungen kritisch zu hinterfragen und nicht länger die eigenen Befreiungsvorstellungen auf sie zu projizieren.
Der Bezug der AIZ auf die islamistischen Bewegungen scheint eine Konsequenz aus der der Vergangenheit verhafteten Vorstellung antiimperialistischer Politik zu sein: Wer sich als Teil der antiimperialistischen Front in der Metropole versteht, braucht natürlich eine Front in der Peripherie, da die Begründung des eigenen Kampfes ja ausschließlich aus dem imperialistischen Herrschaftsverhältnis gezogen wird. Und wenn, wie heute, keine trikontinentale Befreiungsfront sichtbar ist, muß sie eben konstruiert werden, um den eigenen Kampf zu legitimieren. Daß die tschetschenischen Aufständischen dabei für einen ganz normalen, kapitalistischen Nationalstaat kämpfen, mit dem Ziel, Teil der Metropole zu werden, geht dann wohl im Eifer des Gefechts verloren. Und daß die iranische Revolution zwar das Schah-Regime beseitigt hat, aber auf dessen Ruinen eine Diktatur aufgebaut hat, die mit mörderischen Mitteln jede Opposition unterdrückt, ist der AIZ nicht der Rede wert.
Die Imperialismusvorstellung der AIZ hat letztlich nur noch wenig mit der von Lenin oder Luxemburg zu tun. Der von der AIZ behauptete russische »Imperialismus« trägt eher die Formen eines klassischen Imperiums im Sinne eines Großreichs, denn die eines kapitalistisch hochentwickelten, komplexen polit-ökonomisches Systems. Nur so macht es einen Sinn, jeden Widerstand gegen die Großmächte als antiimperialistisch wahrzunehmen - unabhängig von dessen jeweiliger politischer Ausprägung und ökonomischer Relevanz.
Was die AIZ unter einer sinnvollen bzw. vorbildlichen antiimperialisitschen Politik versteht, wird überall dort deutlich, wo sie sich auf Aktionen der Vergangenheit bezieht. Für die BRD fallen ihr da ausgerechnet die Entführung der mit Mallorca-Urlaubern besetzten Lufthansamaschine »Landshut« durch ein palästinensiches Kommando und die Entführung von israelischen Sportlern während der Olympiade 1972 durch den Schwarzen September (ebenfalls ein palästinensisches Kommando, daß sich nach dem Massaker der jordanischen Armee 1970 an den dort lebenden Palästinensern benannte) ein. Beide Aktionen richteten sich gegen Menschen, die höchstens mittelbar Verantwortung für die Politik der Staaten trugen, an deren Stelle sie entführt wurden. In beiden Fällen handelte es sich weder um wirtschaftliche noch um politische Repräsentanten des imperialistischen Systems, in beiden Fällen ließen sich die Aktionen praktisch niemandem vermitteln und verschlechterten eher denn verbesserten die Position und Unterstützung der sie ausführenden Organisationen. Kurz:



Befreiungsbewegungen gibt, die eine relevante Unterstützung in der Bevölkerung haben. Und dort, wo beispielsweise die EZLN doch eine relevante Unterstützung der Bevölkerung erfährt, wird diese mal eben, unter Verweis auf die politische und ökonomische Eingebundenheit Mexicos in die NAFTA, als nicht ernstzunehmend abqualifiziert.
Sie reflektieren auch nicht die veränderte ökonomische Situation: den Aufstieg der sog. Schwellenländer, die vom Kapital betriebene Abkoppelung ganzer Regionen aus dem kapitalistischen Weltsystem, die fortschreitende Kapitalisierung der ehemals sozialistischen Länder. Und sie berücksichtigt auch nicht die veränderte Situation in den Metropolen: Die Unterstützung, die eine Metropolenguerilla heute erfährt ist noch geringer als in den 70ern. Aber ohne eine relevante Unterstützung verkommt der Versuch, dem imperialistischen System einen (entscheidenden) Schlag zu versetzen, entweder zur heroischen Geste oder er zeugt von Allmachtsphantasien und völliger Überschätzung der eigenen Bedeutung.
Wohin eine solche Weltsicht führt, wird deutlich, wenn man betrachtet, welche »Befreiungsbewegungen« denn die Antiimperialistische Front bilden sollen, als deren metropolitaner langer Arm die AIZ sich versteht: Tschetschenische Widerstandskämpfer«, der iranische Staat, der fundamentalistische Djihad Islami in Palästina, die FIS in Algerien, Ghaddafis Libyen, der Leuchtende Pfad Perus ... alles nicht gerade Bewegungen, die einem Anlaß zur Hoffnung geben, bei ihrem Sieg würden wir einer befreiten Gesellschaft ein Stück näher kommen.
Emanzipative Bewegungen, deren Ziel nicht die Herausbildung eines neuen Nationalstaats ist, werden von der AIZ systematisch nicht wahrgenommen - am auffälligsten ist dies wohl bei der EZLN Mexicos -, sie würden auch nicht in das vereinfachte Weltbild passen, das den imperialistischen Feind nur in den Metropolen Westeuropa, USA und Japan verortet und die Regierungen der Staaten des Trikont mit dem Begriff der »Herrscherclique« zu willenlosen Agenten der imperialistischen Zentren macht.
Insofern hat es uns auch nicht gewundert, daß der Bezug der AIZ auf das »Tripple Oppression«-Konzept über dessen floskelhaftes Erwähnen nicht hinausgeht. Der diesem Ansatz zugrundeliegende Gedanke, daß sich unterschiedlichen Herrschaftsverhältnisse nicht so einfach hierarchisieren



lassen, führte ja gerade dazu, die verschiedenen Widersprüche in der Gesellschaft in ihrer Komplexität wahrzunehmen. Er führte aber auch dazu, die Praxis und die Theorie der Befreiungsbewegungen kritisch zu hinterfragen und nicht länger die eigenen Befreiungsvorstellungen auf sie zu projizieren.
Der Bezug der AIZ auf die islamistischen Bewegungen scheint eine Konsequenz aus der der Vergangenheit verhafteten Vorstellung antiimperialistischer Politik zu sein: Wer sich als Teil der antiimperialistischen Front in der Metropole versteht, braucht natürlich eine Front in der Peripherie, da die Begründung des eigenen Kampfes ja ausschließlich aus dem imperialistischen Herrschaftsverhältnis gezogen wird. Und wenn, wie heute, keine trikontinentale Befreiungsfront sichtbar ist, muß sie eben konstruiert werden, um den eigenen Kampf zu legitimieren. Daß die tschetschenischen Aufständischen dabei für einen ganz normalen, kapitalistischen Nationalstaat kämpfen, mit dem Ziel, Teil der Metropole zu werden, geht dann wohl im Eifer des Gefechts verloren. Und daß die iranische Revolution zwar das Schah-Regime beseitigt hat, aber auf dessen Ruinen eine Diktatur aufgebaut hat, die mit mörderischen Mitteln jede Opposition unterdrückt, ist der AIZ nicht der Rede wert.
Die Imperialismusvorstellung der AIZ hat letztlich nur noch wenig mit der von Lenin oder Luxemburg zu tun. Der von der AIZ behauptete russische »Imperialismus« trägt eher die Formen eines klassischen Imperiums im Sinne eines Großreichs, denn die eines kapitalistisch hochentwickelten, komplexen polit-ökonomisches Systems. Nur so macht es einen Sinn, jeden Widerstand gegen die Großmächte als antiimperialistisch wahrzunehmen - unabhängig von dessen jeweiliger politischer Ausprägung und ökonomischer Relevanz.
Was die AIZ unter einer sinnvollen bzw. vorbildlichen antiimperialisitschen Politik versteht, wird überall dort deutlich, wo sie sich auf Aktionen der Vergangenheit bezieht. Für die BRD fallen ihr da ausgerechnet die Entführung der mit Mallorca-Urlaubern besetzten Lufthansamaschine »Landshut« durch ein palästinensiches Kommando und die Entführung von israelischen Sportlern während der Olympiade 1972 durch den Schwarzen September (ebenfalls ein palästinensisches Kommando, daß sich nach dem Massaker der jordanischen Armee 1970 an den dort lebenden Palästinensern benannte) ein. Beide Aktionen richteten sich gegen Menschen, die höchstens mittelbar Verantwortung für die Politik der Staaten trugen, an deren Stelle sie entführt wurden. In beiden Fällen handelte es sich weder um wirtschaftliche noch um politische Repräsentanten des imperialistischen Systems, in beiden Fällen ließen sich die Aktionen praktisch niemandem vermitteln und verschlechterten eher denn verbesserten die Position und Unterstützung der sie ausführenden Organisationen. Kurz:

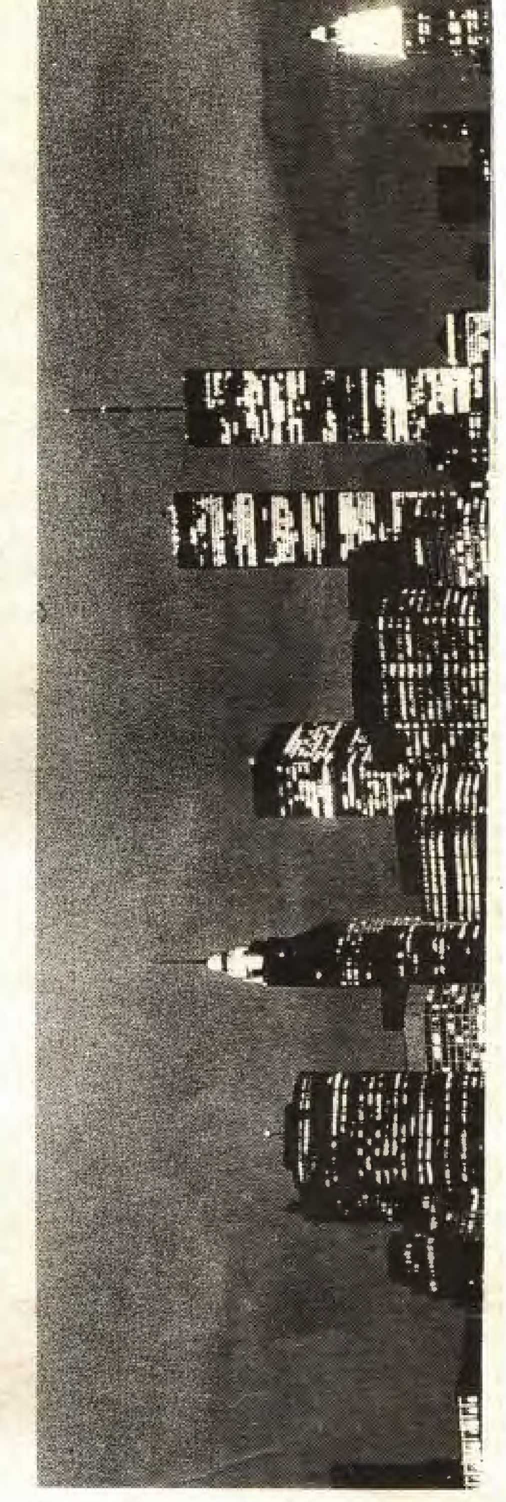


Sowohl die »Landshut«-Entführung als auch die Aktion des Schwarzen September in München repräsentieren klare Fehler emanzipativer Politik, die auf keinen Fall wiederholt werden dürfen.
Was zur Auswahl der Opfer und zur Umsetzung der Aktionen der AIZ zu sagen ist, steht ausführlich in dem Artikel »Vorwärts in die Vergangenheit« aus der radikal 153.
Was die AIZ in ihrer Erklärung vom Dezember 95 über die Linke in der BRD schreibt, wäre nur dann einer Erwiderung wert, wenn man noch die Hoffnung hätte, es könnte in irgendeiner Form von der AIZ wahrgenommen werden.



Politik ohne Utopie

Wir sehen bei der AIZ nicht, auf welche inhaltlichen Vorstellungen der von ihr erwähnten Bewegungen sie sich bezieht. Wir finden es auch nicht besonders einleuchtend, warum der Kampf der »auf islamischer Grundlage kämpfenden Schwestern und Brüder« »grundlegend antiimperialistisch« (AIZ, 13.7.95) sein soll. Auf welche Weise gefährdet die »Iranische Revolution« das imperialistische Weltsystem? Etwa durch besonders regen Handel mit der BRD? (Die BRD ist der bedeutendste Handelspartner des Iran mit einem jährlichen Exportvolumen von ca. 8 Milliarden DM.)
Neben den oben geäußerten Einwänden gegen die Politik der AIZ gibt es einen weiteren Punkt von zentraler Wichtigkeit, der letztlich das Projekt AIZ als ganzes in Frage stellt: Trotz intensiven Bemühens finden wir in den inzwischen sicher über 100 Seiten, die die AIZ bisher veröffentlicht hat, nichts oder praktisch nichts über die Gesellschaft, die sich die AIZ nach einer erfolgreichen antiimperialistischen Revolution vorstellt. Das hat uns zuerst nur stutzig gemacht.
Die von der AIZ in diesem Zusammenhang verwendete Chiffre ist die vom »einfachen und gerechten Leben« (AIZ, 13.7.95). Je länger wir uns dieses Bild anschauen, desto fremder schaut es zurück. Was ist gemeint, wenn »gerecht« gesagt wird? Die in der bürgerlichen Revolution geborene Vorstellung des gleichen Rechts für alle? Die in vielen Religionen vorkommende Vorstellung des den göttlichen Gesetzen und Vorschriften entsprechenden Lebens der Gerechten? Die Beachtung der Regeln des Strafgesetzbuchs und des bürgerlichen Rechts?
Und welches Leben ist einfach? Das Leben in einer Gesellschaft, die keine Widersprüche zuläßt? Das bäuerliche Leben im Einklang mit der Natur, ohne die Versuchungen der Moderne? Der Verzicht auf alles, was über die Befriedigung der Grundbedürfnisse hinausgeht?
Die verwendeten Begriffe verschleiern eher denn erklären, welche Vorstellungen sich hinter ihnen verbergen. Und hier manifestiert sich genau, was weiter oben über die floskelhafte Erwähnung des »Triple Oppression«-Ansatzes gesagt wurde. Das Streben nach den einfachen und klaren Lösungen muß genau um seiner Einfachheit willen alles gleichmachen. In ihm ist strukturell die Unfähigkeit angelegt, die Möglichkeit anzuerkennen, daß es zwischen zwei Polen auch noch einen oder mehrere andere Wege geben kann. Und damit meinen wir nicht den Mittelweg, der ja bekanntlich



den Tod bringt, sondern die Tatsache, daß gerade die linke Politik und Diskussion der letzten 20 Jahre gezeigt hat, daß die dichotomische Verkürzung auf ein entweder/oder, gut/böse, Mensch/Schwein in der Regel die viel kompliziertere Realität der Gesellschaft nicht widerzugeben oder gar zu analysieren vermocht hat.
In diesem Sinne stellt die Politik der AIZ tatsächlich einen Rück-Griff auf die Politikkonzepte der 70er dar.
Die neue alte Einfachheit ist allerdings teuer erkauft. Ihr Preis ist die Aufgabe des Begriffs der Emanzipation und der Kritik von Herrschaft allgemein. Dafür bietet es aber den »Vorteil«, daß die Parole vom einfachen und gerechten Leben sich Sektierer jeglicher politischer Couleur auf ihre Fahnen schreiben können.

einige aus der redaktion



Vorwärts in die Vergangenheit

Mitten in der Auseinandersetzung um die Entscheidung der RAF vom 10.4.1992, ihre Angriffe auf Vertreter der BRD-Elite einzustellen, meldete sich am 22.4.1992 erstmals eine Gruppe zu Wort, die seitdem unter wechselndem Namen Aktionen und Texte produzierte. In ihrer ersten Veröffentlichung sollten kommentarlos zusammengestellte Zitate aus älteren RAF-Texten und eine Auflistung ihrer Aktionen für eine nötige Fortsetzung militanter (Guerilla-)Politik in der BRD stehen.
In späteren Texten sagte die Gruppe von sich selbst:"wir begreifen uns als teil des widerstands in der brd". Sie sei "keine splittergruppe der raf", sie hätte "eigene formen militanter politik" und würde diese weiterentwickeln. Ihre Kritik an der RAF der letzten Jahre lautet: *"ihre angriffe waren nicht mehr bestandteil einer strategie, ohne die revolutionäre politik aber nicht möglich ist."* (22.5.1992)
Gut ein Jahr später heißt es: *"für uns wurde im laufe des jahres 91 klar, daß eine einfache fortsetzung unserer politik als militante autonome politisch nicht mehr viel bringt. wir waren ziemlich ratlos, wie viele andere auch, und haben angefangen, grundsätzlich über militante politik in der brd nachzudenken. (...) wir haben uns ausführlich mit verschiedensten texten von bewaffneten/militanten gruppen auseinandergesetzt. dabei haben wir festgestellt, daß insbesondere die längeren texte aus der anfangszeit der raf auch heute noch für militante linke gebrauchswert haben. auch die beschäftigung mit texten von pce (r)/grapo machte uns klarer, daß wir noch viel genauer überlegen müssen, wenn hier in der brd militante kommunistische politik entwickelt werden soll."* (5.3.1993)
Zum Umgang mit ihren eigenen Namen - von der schlichten Unterschrift "zusammen kämpfen" über "militante aus dem antiimperialistischen widerstand in der brd" bis hin zur "antiimperialistischen widerstandszelle nadia shehadah" - schreiben sie im Dezember 1993: *"unseren kampf in den letzten 12 monaten als antiimperialistische widerstandszelle nadia shehadah haben wir für uns als eine phase des übergangs bestimmt. wir werden in zukunft militante/bewaffnete aktionen durchführen (bzw. zu deren durchführung beitragen), aber nicht unter dem bisherigen namen."*
Der Name seither: antiimperialistische widerstandszelle, aiz.

Die strategischen Vorstellungen, der Analyseansatz und die organisatorischen Vorschläge der aiz sollen im folgenden kritisiert werden. Das Ergebnis längerer Diskussionen spiegelt sich bereits im Titel wider: Die aiz ist ein vehementer Schritt in die Vergangenheit, sie ist nicht die Militanz und revolutionäre Strategie der 90er Jahre, wie sie aus den Fehlern, Erfahrungen und Chancen der letzten 25 Jahre entstehen sollte.
Die aiz ist an dem zu messen, was sie schreibt und vor allem an dem, was sie macht. Nichts anderes wird hier geschehen.
Die Wut, wenn nicht Verzweiflung über die Schwäche der Linken bei gleichzeitig zunehmenden Verbrechen des Imperialismus, bei fortbestehenden Unterdrückungs- und Ausbeutungsverhältnissen, ist angesichts der zunehmenden Machtarroganz der Herrschenden nur zu berechtigt und verständlich. Gerade angesichts des Eindrucks, der 1992 durch die Ankündigung der RAF, ihre tödlichen Angriffe einzustellen, entstehen konnte.
Aber was sind die richtigen Konsequenzen? Wie ist die Schwäche der Linken zu überwinden, wie ist einer revolutionären Entwicklung näher zu kommen? Die aiz beantwortet viele Fragen entweder nicht, weil sie zu wenige stellt, oder falsch, vor allem mit ihren Aktionen.
Der Kern der aiz-Politik ist eine strategische Vorstellung klassisch antiimperialistischen Strickmusters. In ihren eigenen Worten: "militanter widerstand in der brd hat als strategisches ziel: die verbindung herstellen zwischen den kämpfen im trikont und dem, was hier (potentiell) an widerstand vorhanden/entwickelbar ist. (...) in einer front mit denen, die im trikont widerstand leisten, zusammen kämpfen!" (22.5.1992). Oder im selben Text: "die klarheit der konfrontation (auf der einen seite der imperialismus, auf der anderen seite menschen, die um befreiung kämpfen) ermöglicht revolutionär/inn/en hier und im trikont ein neues selbstbewußtsein."
Die naheliegende Überlegung, in der Metropole selbst anzugreifen, um das imperialistische System in seinem Herzen zu treffen, ist Teil der Entstehung von RAF, Bewegung 2.Juni und RZ vor 25 Jahren gewesen. Hinzu kamen bei allen Stadtguerillagruppen sozialrevolutionäre Strategien, die in der Metropole Klassenkämpfe und soziale Bewegungen radikalisieren wollten. (Alle diese Gruppen haben Erfahrungen mit antiimperialistischer Praxis gemacht, die die aiz nicht wahrzunehmen scheint, sie beruft sich nur auf ausgewählte Texte.)

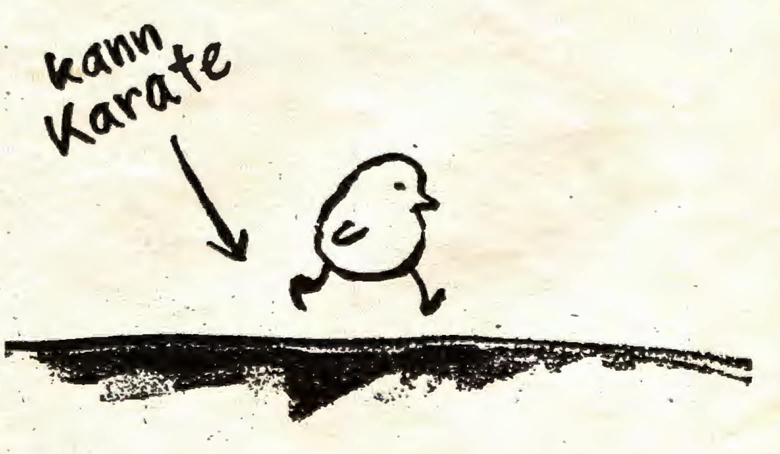
Zum Verhältnis Trikont-Metropole

Antiimperialismus erwuchs in der BRD einerseits aus dem (moralischen) Druck, von einer relativ privilegierten Situation als MetropolenbewohnerIn aus etwas gegen die Massaker im Trikont tun zu wollen - das klingt auch bei der aiz durch "(angesichts der) vernichtung menschlicher existenz im trikont ist es die verdammte moralische pflicht von allen, die sich in der brd als linksradikal begreifen, hier immer neu zum angriff zu kommen" -, andererseits stand hinter dem Antiimperialismus eine langfristige Strategie, die mit der identisch zu sein scheint, die die aiz nun vorschlägt und selbst verfolgen will. Gemeinsam mit denen, "die im trikont widerstand leisten", soll gekämpft werden.
Die aiz sagt es nicht ausdrücklich, in den 60er und 70er Jahren war es direkter: Die Angriffe der Befreiungsbewegungen im Trikont (Vietnam, Angola, Lateinamerika, usw.) und die Angriffe im Herzen der Metropole (RAF, militante Basisbewegungen, usw.) sollten das imperialistische System an zwei Fronten in die Zange nehmen und über die Schwächung des Systems den Weg für eine revolutionäre Lösung eröffnen.
Hinter der angestrebten Bündelung internationaler linker Kräfte stand damals die konkrete Utopie der Befreiung von internationalen und innermetropolitanen Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnissen. Nationale Unabhängigkeit von neu entstehenden trikontinentalen Staaten war - zumindest im Verständnis der linken Gruppen in den Metropolen - nicht diese konkrete Utopie. Es ging um mehr, die sozialistische Revolution weltweit.
Von konkreten Utopien ist in den aiz-Texten nicht die Rede, es geht dort um die Fortsetzung und Aufnahme des bewaffneten Kampfes, bzw. um die Beschreibung des Feindes. Wenn eigene Ziele negativ bestimmt werden und eigene positiv formulierbare Utopien, Grundsätze und Maßstäbe eigenen Handelns fehlen, dann reicht das nicht. Die Bestimmung am Feind vermag nicht diese Lücke zu füllen.
In der Praxis der RAF hat der antiimperialistische Ansatz Mitte der 70er Jahre dazu geführt, die Widersprüche in der Metropole BRD nachrangig zu behandeln und sie nur als Konfrontation

zwischen Staat und Guerilla anzugehen. Denn die Guerilla war ja in ihrem Selbstverständnis "von außen" in die Metropole hineininterveniercnde, quasi-trikontinentale Kraft. Entsprechend wurde die Auseinandersetzung um die Gefangenen aus der Guerilla zentrales Element der Aktionen jener Zeit. Auch die aiz widmet den politischen Gefangenen heute auffällig viel Raum in ihren Texten.
Die Verflachung der komplexen Metropolenwidersprüche wurde auf die Spitze getrieben, als 1977 bei der Entführung einer Lufthansamaschine beliebige Leute aus der BRD als Geiseln genommen wurden, um darüber die SPD/FDP-Regierung zur Freilassung von Gefangenen aus der RAF zu zwingen. Dieser Angriff auf eine zufällige Gruppe von TouristInnen, die nicht verantwortlich waren für Verbechen des Imperialismus, die nicht KapitalistInnen waren, die einfach das Pech gehabt hatten, den falschen Flugtermin im Neckermann-Reisebüro bekommen zu haben, war die politisch verheerendste Guerillaaktion in der Geschichte des bewaffneten Kampfes in der BRD. Endlich konnte sich die Regierung hinstellen und das "beweisen", was sie propagandistisch schon lange geblubbert hatte und was bei Aktionen wie denen gegen Buback, Ponto, Schleyer, usw. nicht glaubhaft gewesen war:"Die Terroristen bedrohen uns alle!..."
Wer in antiimperialistischen Kategorien schwarz-weiß denkt, landet bei der Irrheit, nur noch zwischen Metropolenbewohner-Innen - sprich: potentiellen Angriffszielen - und TrikontbewohnerInnen - sprich: potentiellen BündnispartnerInnen - zu unterscheiden. Klassenzugehörigkeit oder Geschlecht spielen da keine wesentliche Rolle mehr.
Die RAF hat die Flugzeugentführung fünf Jahre später selbst kritisiert, aber die aiz nannte sich ausdrücklich nach einer Angehörigen des verantwortlichen Kommandos, Nadia Shehadah. Wer sich sogar in seinem Namen auf eine derart falsche Aktion bezieht, ist entweder leichtfertig, weil er/sie die historischen Fakten nicht kennt, oder er/sie lehnt Angriffe auf (metropolitane) ZivilistInnen nicht eindeutig ab. In dem Falle ist es keine Unwissenheit, sondern eine politische und "potentiell" praktische Position, die von links aus bekämpft werden muß wegen ihrer "potentiellen" Gefährlichkeit.
In der September-Erklärung bezieht die AIZ zur Namensnennung Position, sie führt aus:
"wenn der brd-staat 18 jahre nach der entführung des schleyers/der lufthansamaschine am 29.8. den prozeß gegen sieglinde hoffmann eröffnet, gleichzeitig monika haas mit einem prozeß bedroht und von norwegen die auslieferung von souheila sayeh verlangt, so geschieht dies nicht deshalb, weil es für den brd-staat von besonderem interesse wäre, wie die einzelnen, denen von der baw vorgeworfen wird, an der aktion beteiligt gewesen zu sein, heute die politische qualität des angriffes von 1977 bewerten. nicht einmal die beurteilung des angriffs 1982 durch die raf (mai-papier) ist für den brd-staat von besonderem interesse. es geht vielmehr darum, daß die aktion immer wieder neu in schauprozessen in erinnerung gerufen und "verurteilt" wird. dies hängt mit der politischen brisanz der beiden entführungen zusammen: einige militante, organisiert in der metropolenguerilla der brd, entführen schleyer - ein trikontinetales kommando greift ein, setzt sich in beziehung zur aktion in der metropole und entführt die landshut nach mogadischu. die legitimation des antiimperialistischen kampfes wird exemplarisch deutlich: wenn einige wenige militante in de brd aktionen durchführen, ist das nicht eine auseinandersetzung des brd-staates mit einzelpersonen, sondern ein frontabschnitt im internationalen kampf um befreiung. einen teil unserer erklärungen haben wir mit "antiimperialistische widerstandszelle nadia shehadah" unterzeichnet - u.a. deshalb, weil wir auf die bedeutung der aktion, an der nadia shehadah beteiligt war, hinweisen wollten."
In den 60er, 70er und auch 80er Jahren konnte eine antiimperialistische Strategie auf existierende sozialistische Befreiungsbewegungen im Trikont verweisen, die als BündnispartnerInnen (scheinbar) in Frage kamen. (Das "scheinbar" wird noch erläutert.) In den 90er Jahren sind diese Bewegungen kaum noch vorhanden, abgesehen von wenigen Guerillas in Lateinamerika, den Philippinen und speziell der EZLN in Chiapas, die sich aber bewußt nicht als Guerilla, sondern als Armee versteht und auf dem Weg zu einer politischen Kraft neuen Typs ist. Sie z.B. arbeitet gezielt mit der internationalen Solidarität, aber sie bezieht sich nicht auf Guerillaorganisationen in den Metropolen.

Das neue Bündniss

Da das antiimperialistische Konzept grundlegend auf der "dialektischen" gegenseitigen Stärkung zweier Standbeine, desjenigen in der Metropole und desjenigen im Trikont, beruht, muß es trikontinentale BündnispartnerInnen haben, um überhaupt einen strategischen Sinn zu ergeben.
Deshalb werden nun von der aiz auf Biegen und Brechen welche genannt: von islamistischen Kräften im Nahen Osten bis hin zu "den" KurdInnen hier. Die Positionen werden zwar - so schreibt die aiz - nicht alle geteilt, aber für ein Bündnis soll es reichen. Die aiz kritisiert frauenfeindliche Strukturen und Praktiken ebensowenig wie latenten Antisemitismus und handfesten Nationalismus bei einigen dieser "BündnispartnerInnen"-Gruppen - das ist inhaltlicher Opportunismus.
Das "(scheinbar)" ist noch zu erklären. Der Bezug auf sozialistische Befreiungsbewegungen war voller Illusionen und Irrtümer. Der Sozialismus der Funktionäre war ein traditioneller und auf realsozialistische Staatsgründung aus. Er ließ Frauen wenig und nationalistischen Strömungen viel Raum. Die Organisationen waren oft abgehobene Avantgardeorganisationen, die die meist radikaleren und egalitären sozialen Basisbewegungen nicht vertraten, aber durchaus nutzen wollten. Da ihnen die militanten (Guerilla-)Gruppen in der Metropole, so klein wie sie nunmal waren oder sind, wenig Nutzen brachten - wenn nicht schädlich waren bei der angestrebten Anerkennung auf dem internationalen Staatenparkett - hofften sie eher auf den nächsten "linken" SPD-Abgeordneten als auf Guerilla-VertreterInnen.
Konkrete Kontakte gab es in den 70er Jahren, was logo nicht in den Texten steht, die die aiz so eifrig zitiert, zu geheimdienstangebundenen Minigruppen, die innerhalb der Befreiungsbewegungen mehr oder weniger isoliert waren. Heute würde es nicht anders laufen, denn welche für trikontinentale Befreiungsbewegungen relevante Funktionen könnte die aiz schon übernehmen? Sie hat nicht die Stärke, materielle Ressourcen bereitzustellen oder die herrschende Politik im Sinne der Befreiungsbewegungen zu beeinflussen. Was wäre das auch für eine Beziehung zwischen einer Minigruppe und einer tatsächlichen Befreiungsbewegung? Die aiz könnte ihre Autonomie dort abgeben, könnte nie gleichberechtigt sein.
Im Unterschied hierzu würden internationale solidarische Beziehungen zwischen sozialen Bewegungen auf einer anderen, nicht nur funktionalen Ebene möglich sein -in der Geschichte des Internationalismus gibt es dafür Beispiele, die von der Geldbeschaffung für konkrete Projekte bis hin zu Diskussionskontakten zwischen Frauen aus der Metropole und dem Trikont reichen.
Die aiz hat erklärtermaßen ihre Positionen auch aus RAF-Texten von 1972 und dem Mai-Papier von 1982 entwickelt. In diesen Texten findet sich nur ein (seinerzeit sicherheitstechnischer veröffentlichbarer) Auszug aus den Gruppendiskussionen und den Erfahrungen. Wieso z.B. "Stadtguerilla und Klassenkampf" nach 1972 nicht umgesetzt wurde, steht nicht dort. Das Papier war an sich nicht schlecht, auch wenn in ihm von Frauenkampf oder Schwarzer Politik, also triple oppression, noch keine Rede ist, aber es spiegelt die realen Probleme illegaler Organisierung und verdeckter Strukturen nicht wider. Die Gründe für die Rückschläge und die Verhaftungen waren organisatorische Schwächen und fehlende Breite der Basis, worüber konkret jedoch nicht geschrieben wurde. Wer nur die Texte jener Zeit kennt, muß ein schiefes Bild bekommen.
So, wie es die Papiere der RAF vor 1992 nicht erkennen ließen, daß es bereits massive Probleme gab - das erfuhr die linke Öffentlichkeit erst danach - läßt sich aus einem RAF-Text von 1972 oder 1982 nicht ablesen, wieso die dort formulierte Politik dann nie gemacht wurde. Die aiz versucht aus dem Studium einer "Erscheinungsform", nämlich der Texte, das "Wesen" von Guerillapolitik neu zu bestimmen - das kann nicht klappen.

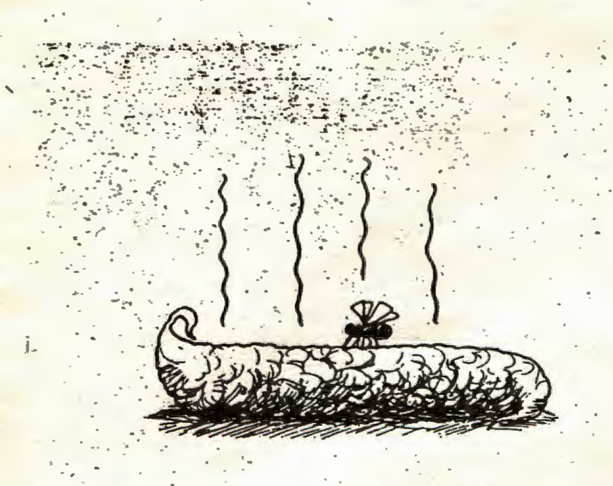


Die Analysen der aiz

Gründliche und faktenreiche Recherchen wie in der Erklärung zum Anschlag auf Köhler, in der ein Abriß der aktuellen Situation in Marokko gegeben wird, oder zur Rolle der FDP in der BRD-Politik anläßlich der Aktion in Bremen, werden oft mit Genauigkeit politischer Analyse verwechselt.
Gründliche Recherchen sind ein Verdienst, der nicht gerade szenetypisch ist, sie sagen aber wenig über politisches Bewußtsein aus.
Die aiz behauptet, daß ihre "grundlegenden prinzipien auf der triple-oppression-theorie basieren" (13.7.1995). Entsprechend sagt sie:"... hat sich in den letzten jahren die erkenntnis durchgesetzt, daß von einer triple oppression gesprochen werden muß, d.h. die gegenwärtige realität ist gekennzeichnet durch patriarchale, rassistische und kapitalistische unterdrückungs- und ausbeutungsverhältnisse. die gesellschaft ist von diesen widersprüchen durchzogen.(...)wenn wir vom imperialismus im weiteren sinne sprechen, meinen wir damit die überlagerung/verflechtung dieser drei herrschaftsverhältnisse". (5.9.1993)
Diese behaupteten Grundlagen bleiben in den Texten und Aktionen ohne Konsequenz. In keiner Erklärung tauchen Frauenkämpfe als autonome Organisierung, Praxis oder (feministische) Theorie auf. Die Kategorie "Rasse", bzw. Schwarze Organisierung, Praxis oder Elemente einer Schwarzen Theorie kommen bestenfalls in Bezug auf die Kritik an den USA vor, dort aber wiederum ohne die spezielle Kritik Schwarzer Frauen.
Die Vorstellung der aiz von einem "neuen typus internationaler militanter in metropolen wie sie z.b. in new york zum angriff kommt" (gemeint ist der Anschlag auf das world trade center, wo im Gegensatz zu den vergleichbaren IRA-Bomben in der Londoner Finanz-City keine Vorwarnung kam, sondern die dort zum Teil zufällig anwesenden Leute angegriffen wurden) und "schwestern und brüdern, die auf islamischer grundlage kämpfen" (13.7.1995), last but not least die zustimmende Zitierung von "mu'ammar al-quaddafi in der al amal-al akhdar-halle" ist alles andere als eine triple-oppression-Kritik an islamischen Gesellschaften und Gruppen. Eine Gruppe wie Jihad Islami zu zitieren, die Frauen bewußt aus Führungspositionen ausschließt, die in Palästina verantwortlich für die Verdrängung von Frauen aus der (politischen) Öffentlichkeit ist, ist ein Hohn. Das ist klassisches antiimperialistisches Analyse- und Wahrnehmungsraster: Alle, die gegen den Imperialismus sind, sind gut, auf unserer Seite. Würde die aiz triple-oppression ernstnehmen, würde sie nach der Rolle fragen, die diese Organisationen und Männer wie Gadaffi Frauen einzuräumen bereit sind und sie auch danach beurteilen, anstatt sich opportunistisch ein antiimperialistisches Bündnis zu erdenken.
Auch in den materialreichen Darstellungen zur sozialen Wirklichkeit der BRD tauchen Frauen, insbesondere feministische Kritik und die alltägliche Gewalt gegen Frauen in den aufgezählten Schweinereien des Systems höchstens als ein Halbsatz, daß Frauen von dieser oder jener Kapitalisten-Maßnahme besonders betroffen seien, auf.
Wenn die aiz von der Linken in der BRD spricht, kommen Frauenzusammenhänge und MigrantInnengruppen oder ihre Forderungen und Praxis nicht vor. Sie werden offensichtlich nicht wahrgenommen.
MigrantInnen, die illegal hier sind, die aus Osteuropa oder dem Süden hier Überlebensmöglichkeiten suchen, existieren nicht als Subjekte - wie in der alten BRD-Linken leider üblich - sondern nur als Objekte. Kritik am Asylgesetz ja, auch Bezugnahme auf z.B. in der PKK organisierte kurdische und andere Genoss(inn?)en mit nicht-deutschem Paß, aber nicht auf die vermeintlich unpolitischen neuen ArbeitsmigrantInnen, die an der polnisch-deutschen Grenze vom BGS gejagt werden bis zum Tod durch Ertrinken.
Es ist ein klassisch antiimperialistischer Ansatz, daß nur die OrganisationsvertreterInnen, die politischen Migrant(inn?)en wahrgenommen werden. Klassisch falsch entsprechend das Bild von der befriedeten Metropolengesellschaft, in der die Herrschenden ihren Frieden einkaufen können. Das ist ein Bild, welches evtl. für die zeitweise Befriedung von manchen Klassenkämpfen richtig ist - aber wo werden Forderungen von Frauen oder antipatriarchale Kämpfe eingekauft? Wer spricht von einer befriedeten Gesellschaft, wenn in ihr Gewalt gegen Frauen und - um die Kategorie "Rasse" aus der triple oppression noch einzubringen - ImmigrantInnen, die ja Teil der Metropolengesellschaft sind - so oder so - alltäglich ist? Nur die, die ausschließlich antikapitalistisch, bzw. schlicht antiimperialistisch analysieren. Erledigen ein paar Mark mehr in der Lonarbeitertasche die feministische Kritik, die patriarchalen Familienstrukturen, die rassistischen Unterdrückungs- und Ausbeutungsstrukturen in der Metropole? Es gibt eben Unterdrückungsverhältnisse, die nicht (nur) am Geld und an der Klassenlage hängen. Die aiz nimmt das nur verbal wahr, sie handelt und analysiert nicht danach. Vorwärts in die Zeit vor der Frauenbewegung... Vorwärts in die Zeit vor der Schwarzen Kritik an der weißen Linken...
Alt ist auch, daß sich auf Organisationen im Trikont bezogen wird, nicht versucht wird, sich unmittelbar die Basisbewegungen anzusehen. Wahrgenommen werden so militaristische Aktionen wie des tschetschenischen Mämnner-Kommandos oder die Pressemeldungen über Aktionen islamischer Gruppen in Ägypten, aber nicht erwähnt werden hauptsächlich von Frauen getragene communitiy-Initiativen usw.
Die Sprache in den Texten ist gelegentlich militärisch-männlich-großkotzig, wie aus den allerersten Tagen der BRD-Guerilla, ein typisches Anzeichen für politisch unfertige Gruppen. Selbstverständlichkeit und Genauigkeit im Umgang mit Waffen äussern sich nicht in Sätzen wie: " .. schußwaffen gehören natürlich dazu. sie dürfen nicht zum fetisch werden (wer hat es nötig, das zu betonen?!), sind aber ein ausgezeichnetes mittel für gezielte aktionen, mit symbolischer bis tödlicher wirkung"., oder: "ein sprengsatz aktiviert" (Militär-Sprache pur), "ins visier genommen und beschossen" (17.11.1993).
In die Schublade "großkotzig" gehört die Bemerkung im letzten aiz-Text zur Staatsschutzaktion gegen die Linke am 13.6.1995: "wir warnen den apparat davor, auf diesem schmutzigem weg weiterzuschreiten." Und dann noch die Selbstein- und Überschätzung: "die aktion vom 13.6. ist ganz wesentlich die reaktion des brd-staates auf unseren angriff...beim wohnsitz des cdu-funktionärs dr.blank". Das heißt wohl, die radikal und das K.O.M.I.T.E.E. wären nicht verfolgt worden, wenn es die aiz nicht gegeben hätte? Aber Haftbefehle gab es ausgerechnet nur gegen die aiz bisher nicht.

Larson

Das Vieh versammelte sich jeden Morgen und hofft an einer von Farmer Dans beliebten „Flugzeugfahrten" teilzunehmen.



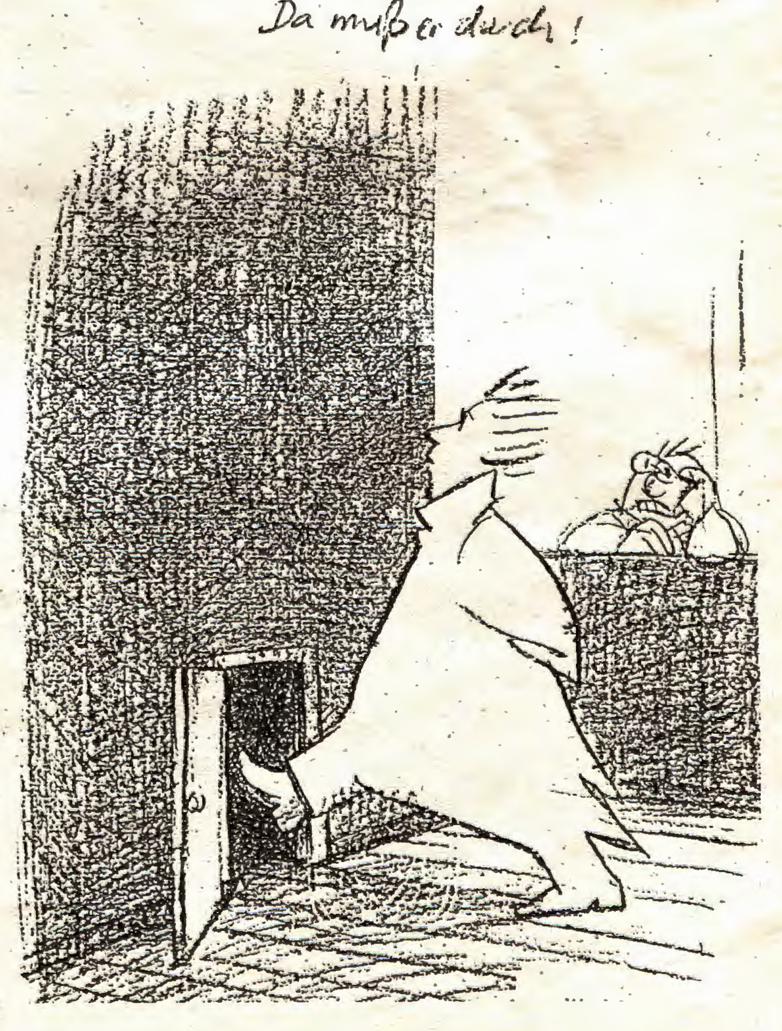
Die Praxis der aiz ,ihre Aktionen

Es ist erstaunlich. Abgesehen von der ersten Aktion, wo das relativ beliebig ausgesuchte Hamburger "Rechtshaus" eine Million Sachschaden abbekam, stehen die Angriffe in keiner Größenordnung - im aiz- und alten RAF-Jargon gesprochen: nicht auf dem Konfrontationsniveau - zu dem in den Texten wortreich beschriebenen imperialistischen Feind. Seiner realen Grauenhaftigkeit und der Verantwortlichkeit seiner führenden Politiker stehen aiz-Aktionen gegen dritt- und viertrangige Vertreter irgendwelcher imperialistischen Fraktionen/Eliten gegenüber. Wie geht es zusammen, den US-Imperialismus als Hauptfeind auszumachen und im gleichen Atemzug einem CDU-Hinterbänkler (und mehr ist Blank nunmal nicht) mit dem "potentiellen" Tod zu drohen? Muß er die Schwäche der aiz ausbaden, andere - bessere - Ziele nicht angreifen zu können? Soll er "potentiell" draufgehen, weil es bis in die USA zu weit ist und die wichtigsten Einrichtungen zu gut gesichert sind? Wenn die Qualität von Sicherheitsmaßnahmen bestimmt, wer angegriffen wird, wäre das eine Fremdbestimmung von Aktionszielen und somit ein Armutszeugnis erster Güte.
Die aiz artikuliert und praktiziert ein Verhältnis zum Töten, wie es für Linke nicht möglich ist. Denn "potentiell" ist ein anderes Wort für beliebig: möglicherweise stirbt jemand, möglicherweise nicht. Um der Drohung willen, zur vordergründigen Verunsicherung von Eliten, wird die Genauigkeit im Umgang mit solchen Entscheidungen und Aktionsformen aufgegeben. Der böse Witz ist, daß die Teile der Eliten, die am wichtigsten sind, so gut geschützt werden, daß die aiz genau ihnen nicht drohen kann. Sie waren jahrelang durch RAF-Aktionen bedroht, aber da das politisch zunehmend leerlief stellte die RAF diese Aktionen 1992 ein.
Daß die aiz diesen Schritt falsch findet hat sie oft genug gesagt. Zitat:"ohne potentiell tödliche aktionen wird die brd-linke hier nicht den druck auf die eliten ausüben können, der im rahmen der internationalen auseinandersetzung zwischen dem imperialismus und den um befreiung kämpfenden menschen notwendig ist."(4/95)
In dieser Logik ist es folgerichtig, von "potentiell" tödlich zu absolut tödlich überzugehen, weil das die (angebliche oder tatsächliche) Verunsicherung der Eliten selbstverständlich verstärken würde. Bei den aiz-Bezugnahmen auf die Flugzeugentführung 1977, den Anschlag auf das World Trade Center, den Angriff des tschetschenischen Kommandos, die Aktionsformen von Jihad Islami in Palästina läßt das einiges befürchten. Von der inhaltlichen Linie her, dem antiimperialistischen Konzept, hindert die aiz nichts an tödlichen Angriffen mit einigem Risiko für Unbeteiligte.

Die organisatorischen Vorstellungen der aiz

Ob der Namensteil "Zelle" tatsächliche organisatorische Struktur der aiz ist, ist von hier aus nicht zu beurteilen. Der formulierte Anspruch ist der:"unsere politik zielt ab auf einen entwicklungsprozeß antiimperialistischer praxis, die getragen wird von unterschiedlichen militanten/bewaffneten zusammenhängen. dabei ist die autonomie der einzelnen zusammenhänge, was die unmittelbare durchführung von aktionen betrifft, zwingend notwendig. das politisch verbindende derer, die hier wirklich etwas wollen, sollte eine strategie antiimperialistischer politik sein, die sich im kampfprozeß schritt für schritt herauskristallisiert und die in ausführlichen diskussionen öffentlich formuliert wird. (...) wenn eine relevante kraft entstehen soll, wird es darauf ankommen, daß die eigenverantwortlichkeit und selbstbestimmung der einzelnen zusammenhänge gegenseitig ernst genommen wird." (13.12.93)
Dazu gehört die Anmerkung der aiz zum alten Frontkonzept der 80er Jahre, daß es u.a. deshalb gescheitert sei, weil es "einseitig militaristisch umgesetzt" worden sei und "ein politisches pendant zu den militanten/bewaffneten aktionen notwendig gewesen" wäre. (8.7.94) Das ist korrekt und genau dieser Punkt fällt auf die aiz zurück, denn es gibt kein politisches Pendant zu ihrer Praxis, abgesehen von wenigen Veröffentlichungen und Veranstaltungsbeiträgen, wo ähnlich klingende Positionen vertreten wurden. Im übrigen enthalten die Organisationsvorstellungen die gleichen nicht realisierten Hoffnungen auf Verbreiterung und Vervielfachung von Zusammenhängen, die andere Gruppen vor Jahren hatten. Im Rahmen einer schwachen legalen Linken finden sich jedoch zu wenig Zusammenhänge, schon gar nicht welche, die die aiz-Linie teilen würden, und es bleibt dann bei ein, zwei Zellen, die isoliert agieren müssen. Eine Gruppe wie die aiz, die sich trotz verbaler Zustimmung zum triple-oppression-Ansatz auf teilweise zutiefst reaktionäre Gruppen im Trikont bezieht, die ungenau mit der Frage des Tötens umgeht, die historisch überholte Konzepte wiederbeleben will, die hat keine Chance.
Die aiz ist nicht die militante Theorie und Praxis, die den 90er Jahren fehlt. Die aiz ist zumindest überflüssig. Und wenn sie sich wie befürchtet weiterentwickelt, wird sie zu einem Problem der Linken. Weniger scharf kann es leider nicht gesagt werden.

Da muß er durch!



Zu den Knastaufständen in der Türkei

Kurze unvollständige Chronologie der Ereignisse

(Quellen: leider nur HERRschende Medien)

04.01.96: Nach mehrwöchigen Hungerstreiks Ende letzten Jahres und einer Knastrevolte Mitte Dezember im Istanbuler Ümraniye-Gefängnis, bei deren Niederschlagung ca. 70 Gefangene zum Teil schwer verletzt wurden, boykottieren Häftlinge erneut im Ümraniye-Knast den alltäglichen Zählappell, um gegen die beschissenen Haftbedingungen zu protestieren.
In der Türkei werden über 8000 GenossInnen unter heftigsten Bedingungen gefangen gehalten. Folter ist an der Tagesordnung, Besuche werden nicht zugelassen, allein in den ersten drei Tagen des Januar wurden vier revolutionäre Gefangene in den türkischen Knästen ermordet. Bei der Erstürmung des Gefängnisses töten die Sicherheitskräfte mindestens drei Genossen - Cengiz Calikoparan, Abdülmecit Seakin und Caferi Sadik Eroglu - auf bestialische Art und Weise: sie schlagen ihnen mit Eisenstangen den Schädel ein. 50 weitere Gefangene werden schwer verletzt. Daraufhin kommt es in der Nacht zum 05.01. in Istanbul zu Straßenkämpfen. Barrikaden werden errichtet, Bullen mit Molotow-Cocktails angegriffen. In der BRD werden Brandanschläge auf fünf türkische Banken und Reisebüros in Köln, Brühl und Hamburg verübt, bei denen über zurückgelassene Fahnen und Transparente auf die Kämpfe in Istanbul Bezug genommen wird.

05.01.96: Am Freitag Morgen werden vier Bombenanschläge auf Banken in Istanbul verübt.
In zwei weiteren Sonderknästen - Buca in der Nähe von Izmir und in Ankara - solidarisieren sich die Gefangenen mit ihren Genossen in Ümraniye und nehmen 27 Wärter als Geiseln. Sie fordern die Aufklärung des Massakers, die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen sowie Straffreiheit.
Auch im Gefängnis Bayrampasa in Istanbul werden Schergen gefangen genommen, Barrikaden errichtet. Es kommt zu ersten Verhandlungen. Mehrere hundert Familienangehörige sowie SympathisantInnen der Gefangenen, die sich aus Protest vor dem Justizgebäude in Istanbul versammeln, werden von Bullen brutal auseinandergeprügelt. Ähnliche Szenen spielen sich vor den Krankenhäusern ab, in welche die Verletzten aus Ümraniye gebracht wurden. In der staatlichen Klinik Haydarpasa schlagen Bullen auf die Verletzten in den Krankenbetten ein.
Eine Nebenstelle des türkischen Generalkonsulats in Mainz wird besetzt, der Arbeitsattaché festgesetzt. Nach zehn Stunden werden die BesetzerInnen in Untersuchungshaft genommen, der Attaché begibt sich mit Herzrhythmusstörungen in ärztliche Behandlung.

06.01.96: Brandanschlag auf ein türkisches Reisebüro in Berlin. Flugblätter stellen den Zusammenhang zur Knastrevolte her.

07.01.96: Ein Molli fliegt in die Zentrale von Öger-Tours, dem größten Türkei-Reiseveranstalter der BRD, in Hamburg-St.Georg. Außerdem wird ein Brandanschlag auf einen türkischen Kulturverein in Hamburg-Hammerbrook verübt. Aus dem Flugblatt dazu: "Die Massaker des türkischen Staates werden wir nie vergessen, unsere Aktionen werden weitergehen."
Auf der Kreuzung Stresemannstr./Alsenstr. in Hamburg landet ein Brandsatz. Vor dem sich dort befindenden Musicalgebäude (Phantom der Oper) wird ein Transparent gefunden, das sich auf den Aufstand bezieht. Die paranoiden Bullen halten eine ebenfalls dagelassene Farbdose für eine Bombe, was zur weiträumigen Absperrung des Bereichs führt und später als Bombenattrappe durch deutsche Gazetten geistert.
In der Türkei weiten sich die Kämpfe aus. Mittlerweile kommt es in 9 Knästen zu Aktionen. So werden z.B. in der nordtürkischen Stadt Bartin der Gefängnisdirektor und neun Schergen als Geiseln genommen. In vielen Knästen initiieren Gefangene Soli-Hungerstreiks, Zählappelle werden verweigert.
Bei Demonstrationen in Istanbul nehmen die Bullen Dutzende von GenossInnen fest.

08.01.96: In Kiel, Solingen, Mannheim und Darmstadt finden Aktionen gegen "türkische Einrichtungen" statt.
Bei der Beerdigung von zwei der Genossen, die im Ümraniye-Gefängnis ermordet wurden, nehmen die Bullen 1000 Menschen fest. Niemandem wird gestattet, an der Beerdigung teilzunehmen, der Sarg eines der Ermordeten von den Schergen "entführt". Die verhafteten DemonstrantInnen werden in eine Sporthalle gepfercht, der Journalist Metin Göktepe wird hierbei ermordet.
Der oberste Leiter der türkischen Haftanstalten reicht seinen Rücktritt ein.
Der Grünen-Bundestagsabgeordnete Cem Özdemir hetzt gegen Dev Sol, die er für die Aktionen der letzten Tage in der BRD verantwortlich macht. Er fordert, daß mit der ganzen Härte des Gesetzes gegen die Urheber der Aktionen vorgegangen werden soll. Der Vorsitzende der türkischen Gemeinde in Deutschland, der Hamburger SPD-Bürgerschaftsabgeordnete Hakki Keskin, vermutet dagegen die PKK hinter den Aktionen und möchte, daß Deutschland nicht zum Schauplatz innertürkischer Auseinandersetzungen wird.

09.01.96: Die DHKP-C (Revolutionäre kommunistische Volkspartei) erschießt als Vergeltung für die Massaker des Faschismus in den Gefängnissen den Vorsitzenden des türkischen Toyota-Konzerns, ein Vorstandsmitglied der Sabanci-Holding, einer der größten türkischen Mischkonzerne, sowie eine Sekretärin.
Die Geiseln in den Gefängnissen Bayrampasa und Buca werden von den Gefangenen freigelassen. Der für den Knast Ümraniye zuständige Staatsanwalt und der Knastdirektor werden ihres Amtes enthoben. Das Justizministerium leitet Ermittlungen zur Klärung des Massakers von Ümraniye ein.

11.01.96: Aktionen mit Mollies gegen türkische Kulturvereine in Köln und Bochum; Flugblätter zum Knastaufstand werden hinterlassen. 200 Menschen demonstrieren in der Hamburger City aus Protest gegen die Politik des türkischen Staates und aus Trauer um den ermordeten Journalisten Metin Göktepe.

12.01.96: Das Mainzer Amtsgericht verurteilt die BesetzerInnen der Nebenstelle des türkischen Generalkonsulats nach nur einer Woche in einem Schnellverfahren zu Haftstrafen zwischen 6 und 10 Monaten auf Bewährung. Die Voraussetzungen zu einem solchen Schnellverfahren wurden durch das "Verbrechensbekämpfungsgesetz" vom Oktober 94 geschaffen.

Zur aktuellen Situation in den türkischen Knästen, ob und inwieweit Forderungen der Gefangenen außer den oben erwähnten erfüllt wurden, wissen wir leider nichts. Wir wünschen uns jedoch, daß in Zukunft "deutsche" Linksradikale sich verstärkt solidarisch zu Kämpfen in der Türkei und Kurdistan verhalten.



Sofortige Freilassung von Hanna Krabbe

41 Gefangene Männer aus Lübeck haben in Eigeninitiative eine Unterschriftensammlung für die bedingungslose Freiheit von Hanna Krabbe gemacht und uns zusammen mit dem folgenden Brief geschickt:

freiheit für hanna krabbe ohne bedingungen und sofort ! ! !

am donnerstag, dem 30. november 1995 fand vor den staatsschutzrichtern die anhörung zur "vorzeitigen" entlassung aus dem knast nach über 20 jahren mit hanna krabbe, gefangene aus der raf seit april 1975, statt.
wie auch alle anderen politischen gefangenen, die sich über den umweg der psychiatrischen begutachtung ihre identität nicht nehmen lassen, verweigert hanna jeden kontakt zu dem vom staat bestellten gutachter.
die bewertung politischer bewaffneter aktionen gehört nicht vor die staatsschutzrichter!
wie zu erwarten war, sieht sich dieser typ nicht in der lage, allein aus der aktenlage ein gutachten zu erstellen. so soll die längst fällige freilassung von hanna weiter in die weite ferne geschoben werden, damit möglichst nahe an die eingeschlagene zielrichtung der abzusitzenden jahre herangekommen wird.
hier steht die zahl von 23 jahren im raum, die irmgard möller in der gefangenschaft verbringen mußte, ehe der staat sie aus seinen krallen ließ!
mit unserer unterschrift machen wir deutlich, daß wir druck machen wollen auf die zuständigen behörden und personen, hanna endlich bedingungslos aus dem kerker zu entlassen. wir machen dies deutlich, weil wir hanna in ihrer haltung gegenüber diesem system unterstützen, sich diesem angestrebten "betreuungsverfahren" zu wiedersetzen, das verlangt, daß sie sich von ihrer politischen identität distanziert, die gegen sie und die anderen politischen gefangenen praktizierten sonderhaftbedingungen bestreitet oder sich sonst irgendwie vor ihren richtern zu rechtfertigen habe.
hanna wurde, wie auch die anderen gefangenen aus der raf, den schlimmsten und brutalsten sonderbedingungen unterworfen. in den nun fast 21 jahren dieser isolationsfolter kämpft sie fest um den erhalt ihrer politischen identität, - und das unter dem verdikt von kontaktsperre, sensorischer deprivation, kleingruppenisolation.
in den letzten 14 jahren war sie hier im kerker lübeck in einer kleingruppe isoliert.
als christine kuby und irmgard möller letztes jahr endlich aus dem knast rauskamen war sie als gefangene aus der raf allein. in diesem jahr wurde hanna zuerst mit einigen wenigen frauen in eine abgesonderte abteilung verfrachtet, die seit oktober nun teil des allgemeinen und verkleinerten frauentrakts ist.

uns als solidarische gefangene des knastes lübeck geht es darum, hanna und damit auch alle anderen politischen gefangenen darin zu unterstützen, an ihrer identität, ihrer geschichte und an deren berechtigung festzuhalten ! ! !

(unterschrieben von 41 Gefangenen)

Hallo, liebe Leute,

in aller Eile wenden wir uns an Euch mit der Bitte, Euch für die sofortige Freilassung von Hanna Krabbe einzusetzen. Eine Möglichkeit dazu ist, den beigefügten Brief so schnell wie möglich an den politisch verantwortlichen Bundesjustizminister und an den Richter beim Oberlandesgericht, Steffen, zu schicken. Aber vielleicht habt ihr auch andere Ideen, um mit euren Möglichkeiten Hannas Entlassung schnell voranzutreiben und auch die Freilassung der anderen politischen Gefangenen zu fordern. Seit der Anhörung am 30. November 1995 ist bisher von Seiten des Gerichts nichts passiert und wir vermuten, daß die Entscheidung, Hanna freizulassen, vom Obertlandesgericht, Richter Steffen, und dem Gutachter, Dr. med. Henning Saß, durch Nichtverhalten blockiert wird.

Bundesminister der Justiz
Herrn Schmidt-Jortzig
Heinemannstr. 6
53175 Bonn

Oberlandesgericht Düsseldorf
6.Strafsenat
RaOLG Steffen
40402 Düsseldorf
Postfach 300210
Fax-Nr. 0211/4971-548

Hiermit spreche/n ich/wir uns für die sofortige Freilassung von Hanna Krabbe aus.
Wir sind über die Situation von Hanna Krabbe informiert. Hanna Krabbe ist seit April 1975 Gefangene aus der RAF. Sie war in den fast 21 Jahren der Haft ausschließlich Sonderhaftbedingungen ausgesetzt, davon viele Jahre Einzelisolation. Sie war 14 Jahre in einer Kleingruppe in Lübeck isoliert und ist dort seit einem Jahr die einzige Gefangene aus der RAF. Wir haben erfahren, daß Hanna am 30. November 1995 eine Anhörung hatte. Wir sehen diese Entlassungsverfahren, die Anhörung, sowie das psychiatrische Gutachten im Zusammenhang aller Sonderhaftbedingungen und Maßnahmen, um die Gefangenen von ihren Überzeugungen abzubringen. Die Gefangenen aus der RAF haben sich berechtigterweise immer gegen diese Maßnahmen gewehrt und wir fordern mit ihnen deren Abschaffung.
Bei Hanna Krabbe gibt es selbst formal-juristisch keinen Grund, der gegen ihre Entlassung spricht, bzw. ihre Entlassung auf die lange Bank zu schieben. Wir fordern Sie auf, die sofortige Freilassung von Hanna Krabbe zu veranlassen.

* **Sofortige Freiheit für Hanna Krabbe**
* **Freiheit für alle politischen Gefangenen**
* **Abschaffung der Anhörung und der psychiatrischen Gutachten vor der Entlassung**

Name Adresse Beruf/Organisation Unterschrift

Deine Meinung interessiert

Weil sich das mit Lob und konstruktiver Kritik an unserem Werk immer recht schwierig gestaltet, und außerdem die SozialwissenschaftlerInnen der Redaktion noch nicht wissen, was sie in den Semesterferien tun sollen, greifen wir nun zu einem in der Zeitschriftenbranche weitverbreiteten Mittel, um das Anzeigenumfeld in Zukunft noch besser den Wünschen unserer Großkunden anpassen zu können; der

LeserInnenumfrage

Wer die folgenden Fragen ausfüllt, kann sich der Aufmerksamkeit der Redaktion gewiß sein, und das heißt immerhin schon etwas in der heutigen Vereinzelung und Anonymität der Metropolen.

1.) Wo wohnst du? (Stadtteil)

2.) Wie alt bist du?

3.) Bist du politisch aktiv? Wenn ja, in welchem Bereich?

4.) Liest du die ZECK regelmäßig? Wenn ja, seit wann?

5.)Wo holst du dir die ZECK?

6.)Wo, wann und warum liest du sie?

7.)Würde sie dir fehlen, wenn sie mal nicht (mehr) erschiene?
Wenn ja, was genau würde dir fehlen?
A: Die gut und übersichtlich gestalteten Veranstaltungshinweise?
B: Die Klolektüre?
C: Die hochpolitischen und kontrovers geführten Diskussionen darin?
D: Die Zusammenfassung der Ereignisse des vergangenen Monats?
E: Sonstiges (bitte nennen):

8.) Welche Zeitungen liest du sonst noch und warum?

9.) Was bzw. welche Themen fehlen dir in der ZECK?

10.) Meinst du, daß die ZECK ein Diskussionsforum ist? Wenn nein, was sonst?

11.) Was sollte deiner Meinung nach unbedingt an der ZECK verändert werden?

12.) Mal so ganz spontan und ehrlich: was assoziierst du mit der ZECK?



Horoskop für Februar

Steinziege/Steinbock
(22.12.- 20.1.)
Die Zeit der politischen Flaute ist für dich vorbei. Suche Plena auf, laß' dich mal wieder im Schwarzmarkt blicken. Bei der nächsten Demo kannst du dich getrost in die erste Reihe stellen. Die Sterne stehen günstig!

Wasserfrau/Wassermann
(21.1. - 19.2.)
Du kannst dich glücklich schätzen. Endlich kommst du aus dem elendigen Finanzloch raus, das dich seit Monaten belastet. Vielleicht ist sogar die Finanzierung des nächsten Urlaubs in Sicht. Allerdings solltest du bei aller Geldgier nicht deine FreundInnen vernachlässigen.

Fische
(20.2. - 20.3.)
Du solltest diesen Monat nicht so tragisch nehmen. Dein soziales Umfeld mißgönnt dir deine Depressionen, und auch in der Therapie scheint es nicht voranzugehen. Aber spätestens im April wird alles gut. Versprochen.

Schaf/Widder
(21.3. - 20.4.)
Die finanziellen Erfolge lassen im Februar auf sich warten. Macht nichts! Dafür erhälst du Lob aus den eigenen Reihen, weil du dich in einer schwierigen Situation politisch korrekt verhalten hast. Der Rest regelt sich schon.

Kuh/Stier
(21.4. - 20.5.)
Diesen Monat hast du die Möglichkeit, über dich hinauszuwachsen. Alles geht dir leicht von der Hand. Du strotzt nur so vor Energie und Einfallsreichtum. Also häng' nicht wie üblich vorm Fernseher ab!

Zwillinge
(21.5. - 21.6.)
Gib deinen Mitmenschen eine Chance! Diesen Monat kannst du deine vielleicht etwas verwirrten Gedankengänge verständlich rüberbringen. Eine gute Gelegenheit, alte Steitigkeiten beiseite zu räumen. Wage also einen Versuch!

Krebsin/Krebs
(22.6. - 22.7.)
Deine Gruppe stellt hohe Forderungen an dich, deine WG nervt wegen Haushaltskram. Laß' dich nicht beirren. Du hast diesen Monat Wichtigeres vor! Aber hüte dich vor Vertretern und GEZlern an deiner Haustür. Du bist ihnen diesen Monat nicht gewachsen. Auch deinem Vermieter solltest du bis März aus dem Weg gehen.

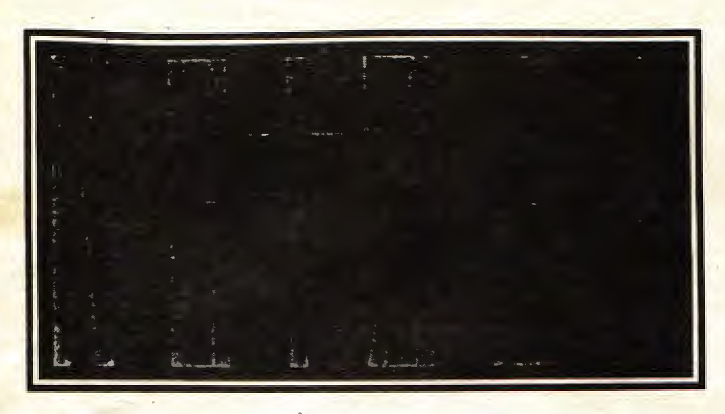
Löwin/Löwe
(23.7. - 23.8.)
Ja, ja. Die Liebe. Wenn du in einer Beziehung steckst, wird's im Februar kompliziert. Vorsichtshalber solltest du den Gedanken an eine Dreierkombi nicht weiter verdrängen. Menschen, die auf der Suche nach festen Liebesbindungen sind, sollten ihre Ansprüche im Februar auf eine nette Affäre runterschrauben.

Jungfrau/Jungmann
(24.8. - 23.9.)
Eine Person deines Vertrauens wird dich in diesem Monat fragen, ob du mit ihr an einem Sportkurs teilnimmst. Nutze die günstige Gelegenheit, endlich wieder Schwung in dein Leben zu bringen. Und mal ehrlich: Ein bißchen mehr Körpertraining ist schon lange angesagt.

Waage
(24.9. - 23.10.)
An einer Erkältung wirst du diesen Monat wohl kaum vorbeikommen. Um aber einer schweren Grippe vorzubeugen, solltest du das Haus nur in Notfällen verlassen. Du hast deine häuslichen Pflichten in den letzten Wochen sowieso arg vernachlässigt.

Skorpionin/Skorpion
(24.10. - 22.11.)
Sei nicht so mißtrauisch. Genieße das Glück, von allen geliebt zu werden. Vielleicht steht im Februar sogar ein kleiner Flirt ins Haus. Genieße ihn, irgendwann kommen schließlich auch wieder schlechtere Tage.

Schützin/Schütze
(23.11. - 21.12.)
Diesen Monat wirst du deine Selbsterfahrungsgruppe durch dein offenes Wesen unheimlich voranbringen. Achte aber darauf, was du am Telefon preisgibst. Du neigst zu Unvorsichtigkeiten!









3001-Programm Februar



8.-21.2., 20.30 Uhr

Two Girls in Love (Erstaufführung)

Randy Dean ist ein rebellisches, burschikoses Mädchen aus dem Arbeiterviertel, und sie ist lesbisch. Genauso wie ihre Tanten, mit denen sie lebt. Evie Ray aber ist das genaue Gegenteil: eine verwöhnte High-School-Prinzessin aus einer der reichsten Familien der Stadt. Die zwei verlieben sich. Ineinander. Der Film war der Hit des letztjährigen Sundance Filmfestivals in San Francisco und wird auch in Hamburg die Stimmung heben.

R: Maria Margenti, USA 1995

15.-21.2., 18 Uhr

When Night is Falling

Camille ist Dozentin an einem kleinen erzprotestantischen College. Sie wird, zusammen mit ihrem Geliebten Martin, für eine leitende Funktion vorgeschlagen. Voraussetzung: Ihre Beziehung muß legalisiert werden. Da trifft Camille die Zirkusartistin Petra, die sich in Camille verliebt. Eine schön schmalzige, romantische Liebesgeschichte beginnt.

R: Patricia Rozema, Kanada 1995

22.-28.2., 20.30 Uhr

Heavenly Creatures

Die Teenager Pauline und Juliet basteln sich eine gemeinsame Phantasiewelt, komplet mit Adelshäusern, Rosengärten, Einhörnern und Opernarien. Die Eltern - Akademiker die einen, Underdogs die anderen - betrachten die enge Freundschaft mit zunehmendem Mißtrauen. Ein Psychiater spricht das Wort "Homosexualität", die Mädchen sollen voneinander getrennt werden.

R: Peter Jackson, Neuseeland 1994

Zeitverschwender-Agenda für Februar.

Freut Euch! Langsam kommt auch wieder etwas kulturelles Leben in die olle Bretterbude am Schulterblatt. Die 96-er Staffel obertrendiger Events beginnt mit einem Schwerpunkt auf Reggae-und Dancehall-orientierter Musik. Kleines Manko: Die Veranstaltungen finden vorerst nur im Keller und der Fokü statt, denn ihr seid alle viel zu faul! Es gibt gerade im ersten Stock noch eine Reihe von Arbeiten zu erledigen, bevor auch die Halle und die oberen Räume wieder benutzbar sind.
Also überlegt euch mal, ob ihr nicht mal Zeit zum Bauen habt und kommt vorbei (an den Bauwochenenden, oder nach Absprache mit der Baugruppe Donnerstags um 19 Uhr).
Ansonsten gilt, Geld her! (Flora e.V. Postgiroamt HH, BLZ: 2300 100 20, KTO: 29492-202).
Es werden also bis auf weiteres Flora-Veranstaltungen im Exil stattfinden müssen, was nicht nur ärgerlich ist, weil man mitunter sein eigenes Viertel verlassen muß, sondern auch, weil dabei auf Quartiere ausgewichen wird, die teurer, ordentlicher und sauberer sind. Zudem können sie meist nicht ganz so viele pc-Punkte ihr Eigen nennen. Aber es ist ja nicht für immer...

Rote Flora.

9.2. Dancehall: Silly Walks & Lionhearts Soundsystems. Dancehall Reggae, Keller, 22 Uhr.
6.2. Veranstaltung: Gemeinsam leben - kollektiv arbeiten - politisch handeln.
Sechs Kommuneprojekte stellen sich vor, 20 Uhr.
10.2.Konzert: S.T.A.R. (Simply travelling around time), Doom und Trip Hop, Fokü, 21 Uhr.
25.2. Shanty Town Sunday School. Roots/Reggae Sounds, Keller, 16 Uhr.

T-Stube (Pferdestall).

10.2. Reggae-Benefiz-Gala für die Rote Flora mit den Shanty Town, Silly Walks und Love Tank-Soundsystems. 22 Uhr.

Störtebeker.

10.2. Konzert: Steakknife (ex-Too Bad) und zwei weitere Bands, 21 Uhr.
23.2. Konzert: Bästard. Lyoner Hardcore-Kakophonie, 21Uhr.

Radio auf 96 MHz (Auswahl).

2.2. Dub Encounter, 20 Uhr.
13.2. Lorettas Leselampe: Der Beginn einer Epoche - Texte der Situationisten und Ralf Reinders/Roland Fritsch: Bewegung 2. Juni, 20 Uhr.
16.2. Loretta Musik: Hirntanz (Trance, Acid, House), 20 Uhr.
23.2. Loretta Musik: Riot Grrrlism, feministischer Underground, 20 Uhr.
27.2. Radio Klassenkampf: Türkei nach den Wahlen und Berichte über die Knastrevolten, 20 Uhr.
Radio St. Paula: Montags, 20 Uhr.

B Movie.

(Programmansage: 43 59 40)
Kieslowski-Filmreihe im Februar:
3./4.2. *Der Filmamateur* und *Lebenslauf*
10./11.2. *Das Amt* und *Ein kurzer Film über die Liebe.*
17./18. *Sieben Frauen verschiedenen Alters* und *Die zwei Leben der Veronika.*
24./25.2. *Der Zufall möglicherweise.*

Eure Termine schickt ihr an:
Zeck, Redaktion für korrekte Zeitvergeudungsmaßnahmen,
Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg.

